



Bundesministerium
der Finanzen

Monatsbericht des BMF

Dezember 2012



Monatsbericht des BMF
Dezember 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Forum Finanzpolitik	6
Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank: Finanzstabilität wahren: Rahmen, Werkzeuge und Herausforderungen	6
Analysen und Berichte	16
Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung – Ermittlung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren	16
Nutzung und Perspektiven der Steuerstatistiken für Politikberatung und Wissenschaft.....	24
Betriebsprüfungsstatistik 2011.....	29
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. November in Mexiko-Stadt	34
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	38
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	38
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2012.....	45
Entwicklung des Bundeshaushalts.....	48
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012.....	52
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	54
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	59
Termine, Publikationen	61
Statistiken und Dokumentationen	63
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	65
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	99
Verzeichnis der Berichte	131
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2012 nach Veröffentlichungsdatum	132
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2012 nach Themenbereichen	134

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche sind wir auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Finanzmarktarchitektur einen großen Schritt vorangekommen. Die EU-Finanzminister haben sich am 12./13. Dezember 2012 im ECOFIN-Rat auf wichtige Punkte zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank geeinigt. Die Bürger Europas erwarten eine solide und effektive Aufsicht. Deshalb ist es der Bundesregierung besonders wichtig, die europäische Bankenaufsicht auf systemisch bedeutsame Kreditinstitute zu fokussieren und zugleich die Unabhängigkeit der Geldpolitik zu schützen. Diese Positionen prägen die gemeinsame europäische Lösung. Ich bin überzeugt: Mit diesem Beschluss der vergangenen Woche leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die europäische Integration weiter zu vertiefen und die Stabilität der Finanzmärkte zu sichern.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat sich am 14. Dezember 2012 auf einen Fahrplan für weitere Schritte zur stärkeren Kontrolle der Finanzmärkte verständigt. Zügig sollen die vorliegenden Richtlinienentwürfe zur Bankenregulierung (Basel III), Bankenrestrukturierung und Einlagensicherung abgeschlossen werden. Perspektivisch soll es vor allem zu einer Vereinheitlichung der Regeln der Restrukturierung und Abwicklung von Banken kommen, damit Banken in Schieflage künftig europaweit abgewickelt werden können, ohne die Stabilität anderer



Banken oder sogar der Eurozone zu gefährden. Die Staats- und Regierungschefs haben sich dafür ausgesprochen, dass die Banken nach dem Muster des deutschen Restrukturierungsgesetzes durch Bankenabgaben und Sonderbeiträge selbst die hierfür nötigen Ressourcen aufbringen sollen.

Liebe Leserinnen und Leser, ein für die Zukunft Europas entscheidendes Jahr neigt sich dem Ende zu. Gemeinsam konnten wichtige Erfolge erreicht werden. Zurücklehnen können wir uns aber nicht. Auch im nächsten Jahr bleibt weiterhin viel zu tun, um die Stabilisierung der Eurozone dauerhaft sicherzustellen. Zunächst aber wünsche ich Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr!

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die industrielle Erzeugung zeigt einen ungünstigen Einstieg des Verarbeitenden Gewerbes in das Schlussquartal 2012. Zugleich hat sich der Aufwärtstrend der Ausfuhren abgeschwächt, wenngleich die Exporte im Oktober wieder leicht ausgeweitet wurden.
- Der Arbeitsmarkt in Deutschland zeigt sich weiterhin robust. Dennoch sind die Auswirkungen der konjunkturellen Abschwächung inzwischen zu spüren. So ist insbesondere eine merkliche Verringerung der Arbeitszeit je Erwerbstätigem zu verzeichnen.
- Der Anstieg der Import- und Erzeugerpreise gab weiter nach. Demnach dürfte auch in den kommenden Monaten mit einem moderaten Preisklima zu rechnen sein.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im November 2012 nur noch um 0,5 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das gesamte Steueraufkommen erhöhte sich für den Zeitraum Januar bis November insgesamt um 5,0 %.
- Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum entwickelten sich die Einnahmen des Bundes bis einschließlich November 2012 weiterhin positiv (+ 2,8 %). Die Ausgaben erhöhten sich im Vergleich zum Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 3,0 %. Ursache für den Ausgabenanstieg ist die Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Das Finanzierungsdefizit betrug Ende November 41,4 Mrd. €. Es ist zu erwarten, dass die Nettokreditaufnahme 2012 unter 25 Mrd. € liegt.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende Oktober rund 8,0 Mrd. € und unterschreitet damit den Vorjahreswert um rund 4,3 Mrd. €. Während die Ausgaben um 1,8 % anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 3,8 %.
- Ende November 2012 erreichte die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,37 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,19 %.

Europa

- Am 4. und 12. Dezember 2012 tagte in Brüssel der ECOFIN-Rat. Im Mittelpunkt der Beratungen am 4. Dezember 2012 stand die Diskussion über die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, über die bei der Tagung am 12. Dezember 2012 eine Einigung erzielt werden konnte. Außerdem standen insbesondere die neuen Vorschriften für Eigenkapitalanforderungen (CRD IV) und der Stand der Verordnungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung, das sogenannte Two-Pack, auf der Tagesordnung. Die Europäische Kommission stellte zudem ihren Jahreswachstumsbericht 2013 vor.
- Am 3. und 13. Dezember 2012 beriet sich die Eurogruppe. Im Vordergrund standen Sachstand und weiteres Vorgehen bei den unterschiedlichen Anpassungsprogrammen Griechenlands, Spaniens und Portugals sowie eines möglichen Programms für Zypern.

Dr. Andreas Dombret

Finanzstabilität wahren: Rahmen, Werkzeuge und Herausforderungen

- Mit der im Finanzstabilitätsgesetz verankerten Einrichtung einer schlagkräftigen makroprudenziellen Überwachung wird eine zentrale Lehre aus der Finanzkrise umgesetzt.
- Ziel ist der Erhalt der Finanzstabilität durch verstärkte Prävention.
- Makroprudenzielle Politik benötigt ein wirkungsvolles Instrumentarium. Die regulatorischen Voraussetzungen für makroprudenzielle Eingriffsinstrumente werden geschaffen.
- Makroprudenzielle Politik bedarf der Berechenbarkeit, der Transparenz und der Konsistenz.



Der Autor

Dr. Andreas Dombret ist seit Mai 2010 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank.

Er ist zuständig für die Bereiche Finanzstabilität, Statistik und Risiko-Controlling.

1	Makroprudenzielle Überwachung als Lehre aus der Finanzkrise	6
2	Die institutionelle Verankerung	7
3	Abgrenzung und Einordnung der makroprudenziellen Politik.....	9
4	Der makroprudenzielle Instrumentenkasten.....	11
4.1	Kommunikation.....	11
4.2	Warnungen und Empfehlungen	12
4.3	Makroprudenzielle Eingriffsinstrumente	12
5	Ausblick: Einsatz makroprudenzieller Eingriffsinstrumente	14

1 Makroprudenzielle Überwachung als Lehre aus der Finanzkrise

Der Aufbau einer makroprudenziellen Überwachung ist eine der zentralen Lehren aus der jüngsten Finanzkrise. Im Gegensatz zu vielen anderen Feldern der Wirtschaftspolitik, etwa im Bereich der mikroprudenziellen Aufsicht, wird hierbei jedoch kein bereits bestehendes Regelwerk erweitert oder eine vorhandene Struktur reformiert und weiterentwickelt. Vielmehr entsteht ein grundlegend neues Gefüge von Institutionen, Konzepten und Instrumenten.

Hinter diesem Wandel steht letztlich ein Paradigmenwechsel. Heute dominiert die Ansicht, dass bereits dem Aufbau von makrofinanziellen Ungleichgewichten und systemischen Risiken entschieden entgegenzutreten ist. Dieser Ansatz erfordert jedoch Antworten auf das bekannte Diagnoseproblem: Wie kann man Übertreibungen, Ungleichgewichte oder Blasen, die die Finanzstabilität mittel- und langfristig gefährden, frühzeitig erkennen – also nicht erst dann, wenn es zu ruckartigen Umschwüngen, zum Platzen einer Blase

oder zu Schieflagen im Finanzsystem kommt? Zudem werden neue Instrumente benötigt, um das Therapieproblem zu überwinden: Wie können entstehende Risiken für die Finanzstabilität möglichst zielgenau bekämpft werden, damit keine größeren schädlichen Nebenwirkungen für andere wirtschaftspolitische Ziele entstehen?

Eine verstärkte Prävention von Finanzkrisen verlangt eine makroprudenzielle Strategie, die insbesondere den systemischen Risiken entgegenwirkt. Dabei zeigen sich wichtige Überschneidungen sowohl zur klassischen Institutsaufsicht als auch zur Geldpolitik. So trägt die makroprudenzielle Politik zum einen dazu bei, dass sich der Blickwinkel der Überwachung auf das Finanzsystem als Ganzes erweitert. Wie uns die Erfahrung lehrt, genügt es nicht, Regulierung und Aufsicht ausschließlich auf die Stabilität der einzelnen Finanzinstitute abzustellen. Vielmehr ist die enge Verzahnung zwischen makroprudenzieller Überwachung und mikroprudenzieller Aufsicht eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine konsequente Krisenprävention. Zum anderen eröffnet eine erfolgreiche makroprudenzielle Regulierung der Geldpolitik Handlungsspielräume, damit sich diese auf die Verfolgung ihres Primärziels, der Sicherung der Geldwertstabilität, konzentrieren kann. Finanzstabilität bildet eine wichtige Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf des geldpolitischen Transmissionsmechanismus. Daher fällt der makroprudenziellen Überwachung – insbesondere in einer Währungsunion mit einheitlicher Zins- und Wechselkurspolitik sowie freiem Kapitalverkehr bei gleichzeitig divergierenden nationalen Wirtschaftsentwicklungen – eine zentrale Rolle zu, um nationalen Sonderentwicklungen adäquat zu begegnen.

2 Die institutionelle Verankerung

Die institutionelle Verankerung des makroprudenziellen Ansatzes ist inzwischen weit vorangeschritten.

Auf internationaler Ebene sind der Internationale Währungsfonds (IWF) und der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board, FSB) mit der Überwachung der Risikolage und -entwicklung im internationalen Finanzsystem befasst. Im Auftrag der G20 haben sie ihre Zusammenarbeit intensiviert. Dabei konzentriert sich der IWF primär auf die Identifizierung makrofinanzieller Risiken, d. h. insbesondere auf die Interaktion zwischen Realwirtschaft und Finanzsektor. Aufbauend auf dem im Februar 1999 von den Finanzministerien und Zentralbankgouverneuren der G7 errichteten Financial Stability Forum (FSF) wurde der Finanzstabilitätsrat auf dem G20-Gipfel im April 2009 mit erweitertem Mandat und Mitgliederkreis neu gegründet. Er konzentriert sich – mit Beteiligung nationaler Stellen – auf Verwundbarkeiten im Finanzsystem. So sollen einerseits Schwachstellen des internationalen Finanzsystems identifiziert, Vorschläge zu ihrer Beseitigung unterbreitet und deren Umsetzung überwacht werden.

Andererseits soll das FSB die Regulierungs- und Aufsichtspolitik in Finanzsektorfragen auf internationaler Ebene koordinieren und die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Institutionen intensivieren.

Das FSB hat die wichtigsten Standards für ein stabiles Finanzsystem in einem Kompendium zusammengestellt. Darin enthalten sind sogenannte Kernstandards, die aus Finanzstabilitätssicht als besonders wichtig erachtet werden und daher vorrangig umzusetzen sind. Die FSB-Mitgliedsländer¹ sind verpflichtet, diese internationalen Standards einzuhalten sowie die Stabilität, Transparenz und Offenheit ihrer Finanzsysteme zu wahren. Außerdem lassen sie ihre nationalen Finanzsektoren regelmäßig im Rahmen internationaler partnerschaftlicher Überprüfungsverfahren (Peer Reviews) begutachten und unterziehen sich den Finanzsektor-Überprüfungen des IWF und der Weltbank (Financial Sector Assessment Program, FSAP).

In der Europäischen Union wurde mit der Einrichtung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) eine Lücke im europäischen Rahmenwerk für die Finanzaufsicht geschlossen. Der ESRB hat Anfang 2011 seine Arbeit aufgenommen. Er bündelt die Expertise der europäischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden mit dem Ziel, systemische Risiken zu identifizieren und zu bewerten, gegebenenfalls Warnungen auszusprechen und Empfehlungen für das Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Abwehr bestehender Gefahren für die Finanzstabilität zu geben. Bislang hat der ESRB drei öffentliche Empfehlungen herausgegeben; darunter eine, die die Einrichtung nationaler makroprudenzieller Behörden vorschlägt. Gemäß dieser am 16. Januar 2012 veröffentlichten Empfehlung des ESRB zum makroprudenziellen Mandat der nationalen Behörden (ESRB/2011/3) benötigt eine handlungsfähige makroprudenzielle Politik auf nationaler Ebene einen klar definierten Handlungsrahmen; der ESRB empfiehlt dafür eine gesetzliche Grundlage. Sie sollte Ziele makroprudenzieller Politik festlegen, die zuständige Behörde benennen (gegebenenfalls Zusammenwirken mehrerer Behörden) sowie Transparenz- und Rechenschaftspflichten vorgeben. Den Zentralbanken wird in dem Arrangement eine führende Rolle, insbesondere die makroprudenzielle Analyse, zugesprochen. Makroprudenzielle Behörden sollen zudem über die zur Erreichung der vorgegebenen Ziele erforderlichen Instrumente verfügen und die grundsätzlichen Leitlinien ihrer Politik, ihre getroffenen Entscheidungen sowie ihre entsprechenden Beweggründe veröffentlichen, sofern von der Veröffentlichung selbst

¹Mitglieder im FSB sind Notenbanken, Finanzministerien und Aufsichtsbehörden aus den G20-Ländern sowie aus Hongkong, den Niederlanden, Spanien, Singapur und der Schweiz; die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission sowie Repräsentanten internationaler Organisationen und standardsetzender Fachgremien. Nicht-Mitglieder werden über Regionalgruppen in die Arbeiten des FSB eingebunden (Regional Outreach).

keine Stabilitätsrisiken ausgehen. Die empfohlenen Maßnahmen sollen bis zum 1. Juli 2013 in Kraft treten.

Deutschland setzt diese Empfehlung des ESRB durch das Gesetz zur Überwachung der Finanzstabilität, kurz Finanzstabilitätsgesetz (FinStabG), um. Wesentlicher Inhalt des Gesetzesentwurfs ist die Stärkung der Zusammenarbeit von Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) auf dem Gebiet der Finanzstabilität. Insbesondere geht es darum, die mikroprudenzielle Aufsicht besser mit der makroprudenziellen Überwachung zu verzahnen. Dazu wird ein Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) errichtet, dem jeweils drei Vertreter dieser Institutionen angehören. Die Deutsche Bundesbank hat den im Gesetz verankerten Aufbau der makroprudenziellen Überwachung in Deutschland ausdrücklich begrüßt. Damit wird Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht, die aus der globalen Bedeutung des deutschen Finanzsystems erwächst.

3 Abgrenzung und Einordnung der makroprudenziellen Politik

Ziel der makroprudenziellen Politik ist der Erhalt der Finanzstabilität. Die Deutsche Bundesbank definiert Finanzstabilität als die Fähigkeit des Finanzsystems, seine zentrale makroökonomische Funktion – insbesondere die effiziente Allokation finanzieller Mittel und Risiken sowie die Bereitstellung einer leistungsfähigen Finanzinfrastruktur – jederzeit reibungslos zu erfüllen, und dies gerade auch in Stresssituationen und in strukturellen Umbruchphasen.²

Grundsätzlich entwickelt sich Finanzstabilität im Spannungsfeld zahlreicher Politikbereiche. So zeigt sich insbesondere im derzeitigen Kontext der Europäischen Staatsschuldenkrise, dass die Lage der öffentlichen Finanzen einen erheblichen Einfluss auf die Finanzstabilität besitzt. Zudem kann aber z. B. auch die Steuerpolitik Anreize setzen, die zu Übertreibungen in einzelnen Segmenten des Finanzmarktes beitragen können. Dennoch handelt es sich weder bei haushalts- noch bei steuerpolitischen Entscheidungen um Maßnahmen makroprudenzieller Politik, da sie in der Regel nicht primär mit dem Ziel der Beeinflussung der Finanzstabilität getroffen werden. Makroprudenzielle Politik definiert sich daher einerseits über ihr Ziel, andererseits aber auch über ihr Instrumentarium, das im Wesentlichen aus dem Bereich Regulierung und Aufsicht stammt.

Als Zweig der Wirtschaftspolitik beinhaltet makroprudenzielle Politik sowohl Eingriffe in die sektorale Struktur des Finanzsystems (Strukturpolitik) als auch direkte staatliche Interventionen in die

²Siehe Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2010, Seite 7.

Forum Finanzpolitik

FINANZSTABILITÄT WAHREN: RAHMEN, WERKZEUGE UND HERAUSFORDERUNGEN

Marktprozesse (Prozesspolitik) und Interaktionen mit den übrigen Wirtschaftssubjekten.

Strukturpolitik ist makroprudenzielle Politik typischerweise dann, wenn sie auf die Querschnittsdimension des systemischen Risikos abzielt. Diese Dimension umfasst die Risiken aus Ansteckungseffekten, insbesondere durch systemrelevante Institute und Infrastrukturen, sowie Herdenverhalten. Dabei sind primär die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Der glaubwürdige Marktaustritt von großen und vernetzten Finanzinstituten muss möglich sein, damit Aktionäre und Gläubiger für etwaige Verluste aus eingegangenen Risiken haften und ihre Kontrollfunktion wahrnehmen. Gerade für systemrelevante Finanzinstitute (SIFIs) werden hierfür Restrukturierungs- und Abwicklungspläne sowie ein adäquates Insolvenzverfahren benötigt, das auch die internationale Dimension angemessen berücksichtigt. Umgekehrt muss der Markteintritt von Finanzinstituten möglich sein, um die Substituierbarkeit von Finanzinstituten zu erreichen. Zudem trägt eine erhöhte Transparenz der Finanzmärkte und der Finanzakteure dazu bei, Unsicherheiten und damit systemische Risiken beispielsweise aus der Vernetzung über die Derivate- und die Interbankenmärkte zu verringern. Der Anwendungsbereich makroprudenzieller Politik sollte dabei breit gefasst sein und auch bisher weniger regulierte

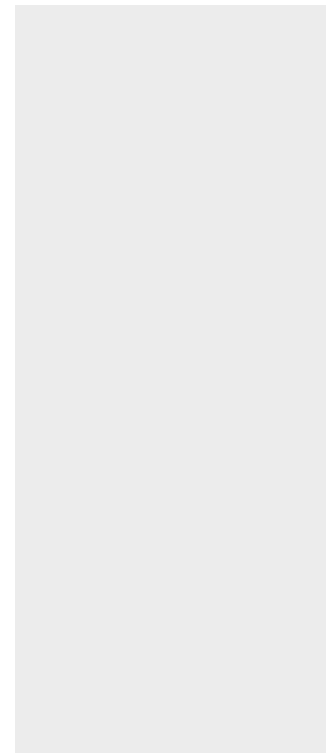
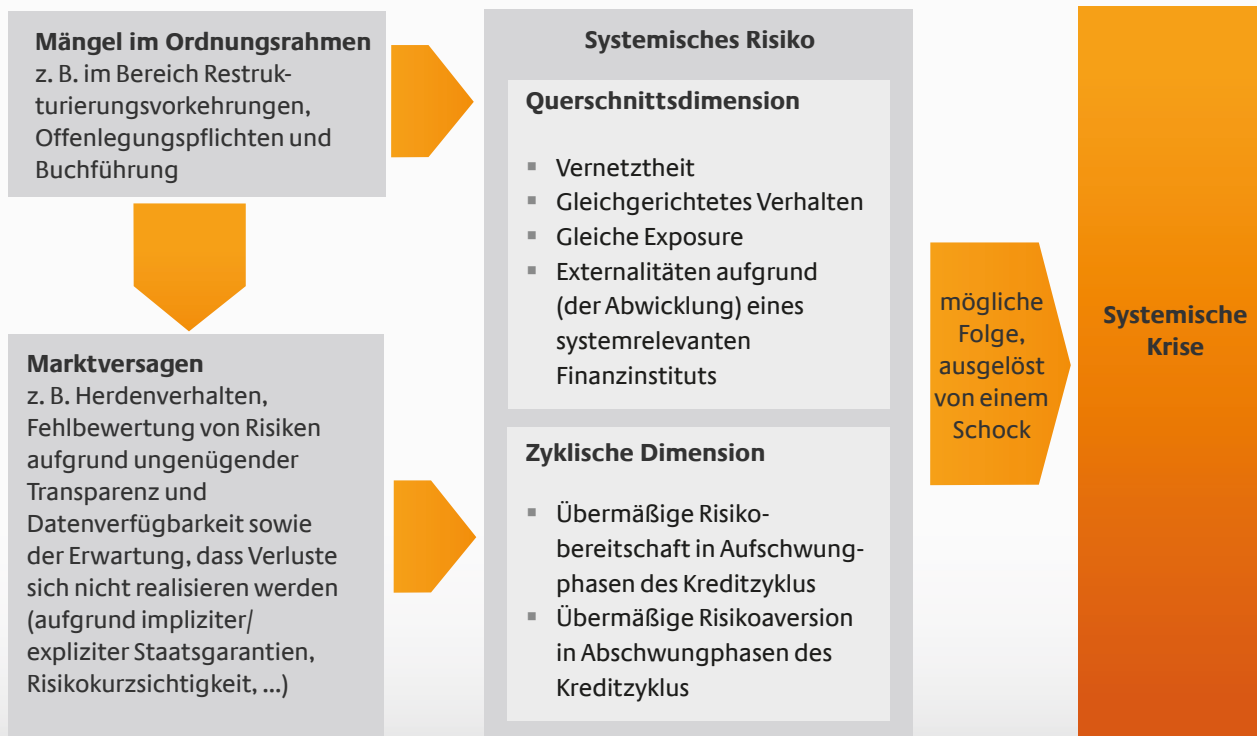


Abbildung 1: Stadien systemischen Risikos



Quelle: Finanzstabilitätsbericht 2011, Deutsche Bundesbank.

Finanzmarktsegmente und -akteure umfassen, um Ausweichreaktionen und regulatorische Arbitrage zu unterbinden.

Prozesspolitik ist die makroprudenzielle Politik typischerweise dann, wenn sie auf die Zeitdimension des systemischen Risikos abzielt. Diese Dimension beschreibt das dem Finanzsystem inhärente prozyklische Verhalten. Es fördert eine Abfolge von Phasen des Überschwangs, in der Marktteilnehmer ausgesprochen hohe Risiken einzugehen bereit sind, und Perioden der Flucht in Sicherheit, in der die Marktakteure vornehmlich Risiken vermeiden wollen.

4 Der makroprudenzielle Instrumentenkasten

Makroprudenzielle Politik benötigt ein wirkungsvolles Instrumentarium, das bei Bedarf aktualisiert und angepasst werden kann. Es sollte insbesondere alle wesentlichen Risikotreiber berücksichtigen und neben finanzpolitischen Maßnahmen vor allem an aufsichtlichen Instrumenten (beispielsweise Kapital, Liquidität, Finanzierungshebel) ansetzen. Grundsätzlich müssen die Instrumente das gesamte Finanzsystem abdecken, also neben dem Bankensektor insbesondere auch den Versicherungssektor und die Finanzmärkte.

Makroprudenzielle Instrumente können nach der Stärke des Eingriffs geordnet werden. Sie können „weicher Natur“ sein (Kommunikation, z. B. Finanzstabilitätsberichte), „mittlerer Natur“ (Warnungen und Empfehlungen) und „harter Natur“ (Eingriffsinstrumente wie der antizyklische Kapitalpuffer). Insbesondere sind die Kommunikationsinstrumente von den Eingriffsinstrumenten zu unterscheiden.

4.1 Kommunikation

Die öffentliche Kommunikation spielt bereits in der geldpolitischen Tradition der Notenbanken eine wesentliche Rolle. Dies wird für den Aufgabenbereich Finanzstabilität mindestens in gleichem Maße gelten. Als „weiches“ makroprudenzielles Instrument greift die öffentliche Kommunikation jedoch noch nicht unmittelbar in die Geschäftstätigkeit von Finanzinstituten ein und kann daher einerseits nur eine mittelbare Wirkung entfalten. Deshalb ist sie auch bewusst in einem frühen Stadium des Risikoaufbaus einzusetzen. Andererseits ist die Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen oder juristischer Folgen gering. Zudem bedarf es zur öffentlichen Kommunikation keiner besonderen Rechtsgrundlage. Trotzdem stellt sie durch die Beeinflussung der Erwartungen der Marktteilnehmer oder die Meinungsbildung der politischen Instanzen ein wirksames Werkzeug dar. Die Deutsche Bundesbank publiziert ihre Analysen und Einschätzungen zur Finanzstabilität über Berichte, insbesondere den Finanzstabilitätsbericht und Forschungspapiere.

4.2 Warnungen und Empfehlungen

Schreitet der Risikoaufbau voran, genügen öffentliche Kommunikationsinstrumente nicht mehr. Die makroprudenzielle Überwachung benötigt daher zusätzlich formale Kommunikationsinstrumente, sogenannte Warnungen und Empfehlungen. Diese Instrumente „mittlerer Natur“ stellen sowohl in Deutschland für den neu einzurichtenden Ausschuss für Finanzstabilität als auch auf EU-Ebene für den ESRB die maßgeblichen Werkzeuge dar. Adressaten von Warnungen und Empfehlungen in Deutschland können die BaFin, die Bundesregierung oder andere öffentliche Stellen im Inland sein.

Empfehlungen geben konkrete Orientierung für einzuleitende politische Maßnahmen. Dies kann sich auf die Ausschöpfung eines bestehenden Handlungsrahmens beziehen (z. B. das Setzen des antizyklischen Kapitalpuffers), bietet aber auch die Flexibilität, Mängel am Ordnungsrahmen oder die Einführung eines neuen Eingriffsinstrumentes zu thematisieren, was üblicherweise des Gesetzgebers bedarf. Empfehlungen sind nicht rechtlich bindend, die Adressaten unterliegen aber der Pflicht, eine Erklärung abzugeben, wie die Empfehlung umgesetzt werden soll oder warum sie gegebenenfalls nicht umgesetzt wird (sogenanntes comply-or-explain). Warnungen und Empfehlungen sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen: Wer sie übergeht, gerät unter erheblichen Rechtfertigungsdruck.

4.3 Makroprudenzielle Eingriffsinstrumente

Eingriffsinstrumente, wie Kapitalpuffer oder erhöhte Risikogewichte für bestimmte Kreditforderungen, bilden die dritte Werkzeugkategorie. Sie bedürfen einer rechtlichen Grundlage und ihre Anwendung demokratischer Kontrolle. Wegen seiner zentralen volkswirtschaftlichen Bedeutung steht dabei zunächst der Bankensektor im Fokus der Regulierung. Durch makroprudenzielle Instrumente sollen negative externe Effekte internalisiert werden. Diese entstehen, wenn Marktakteure nur ihre privaten, nicht aber die gesamtgesellschaftlichen Kosten ihrer Handlungen im Entscheidungskalkül berücksichtigen.

Prinzipiell sollte das Instrumentarium so einfach wie möglich, aber so umfangreich wie nötig ausgestaltet sein. Risiken müssen möglichst genau adressiert werden, um unerwünschte Nebeneffekte zu vermeiden. Beim Einsatz mehrerer makroprudenzieller Instrumente sind zudem Wechselwirkungen zu berücksichtigen.

Als Maßnahmen zur Reduktion der zyklischen Komponenten des systemischen Risikos werden auf internationaler Ebene neben zeitvariablen Kapital- und Liquiditätsanforderungen auch die Einführung einer Verschuldungsobergrenze, Möglichkeiten zur Erhöhung der Risikogewichte für spezifische Anlageklassen, die Anpassung der Anforderungen an Kreditsicherheiten, eine dynamische

Forum Finanzpolitik

FINANZSTABILITÄT WAHREN: RAHMEN, WERKZEUGE UND HERAUSFORDERUNGEN

Ausgestaltung der Kreditrisikoversorge sowie die Überarbeitung der internationalen Rechnungslegungsstandards diskutiert. Als Instrumente gegen systemische Risiken in der Querschnittsdimension stehen insbesondere zusätzliche Kapitalzuschläge für SIFIs, Liquiditätskennziffern zur Förderung stabiler Refinanzierungsquellen sowie die Marktinfrastruktur betreffende Maßnahmen (z. B. verpflichtende Abwicklung von OTC-Derivaten über Zentrale Kontrahenten) im Fokus.

Die genannten makroprudenziellen Eingriffsinstrumente stellen eine erste Auswahl möglicher Werkzeuge zur Eindämmung systemischer Risiken dar. Sie basiert auf den Lehren aus der Finanzkrise und der international geführten Diskussion über die Ausgestaltung der makroprudenziellen Regulierung, ist jedoch keineswegs abschließend. Ökonomische Analysen zu den Wirkungsweisen der Instrumente, ihren Transmissionsmechanismen sowie ihre Neben- und Wechselwirkungen sind noch in einem frühen Stadium. Darüber hinaus führt die Komplexität der Finanzmärkte dazu, dass systemische Risiken in sehr unterschiedlichen und nur schwer vorhersehbaren Formen auftreten können. Deswegen ist das verfügbare Instrumentarium kontinuierlich

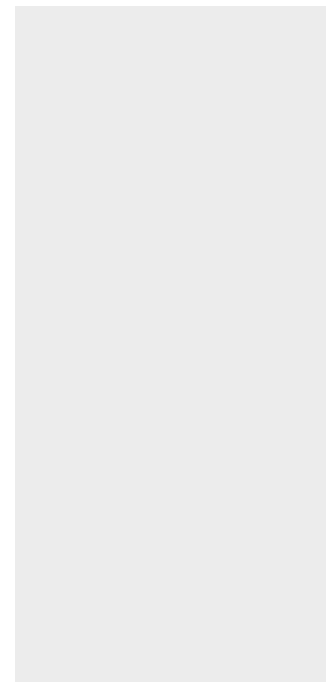
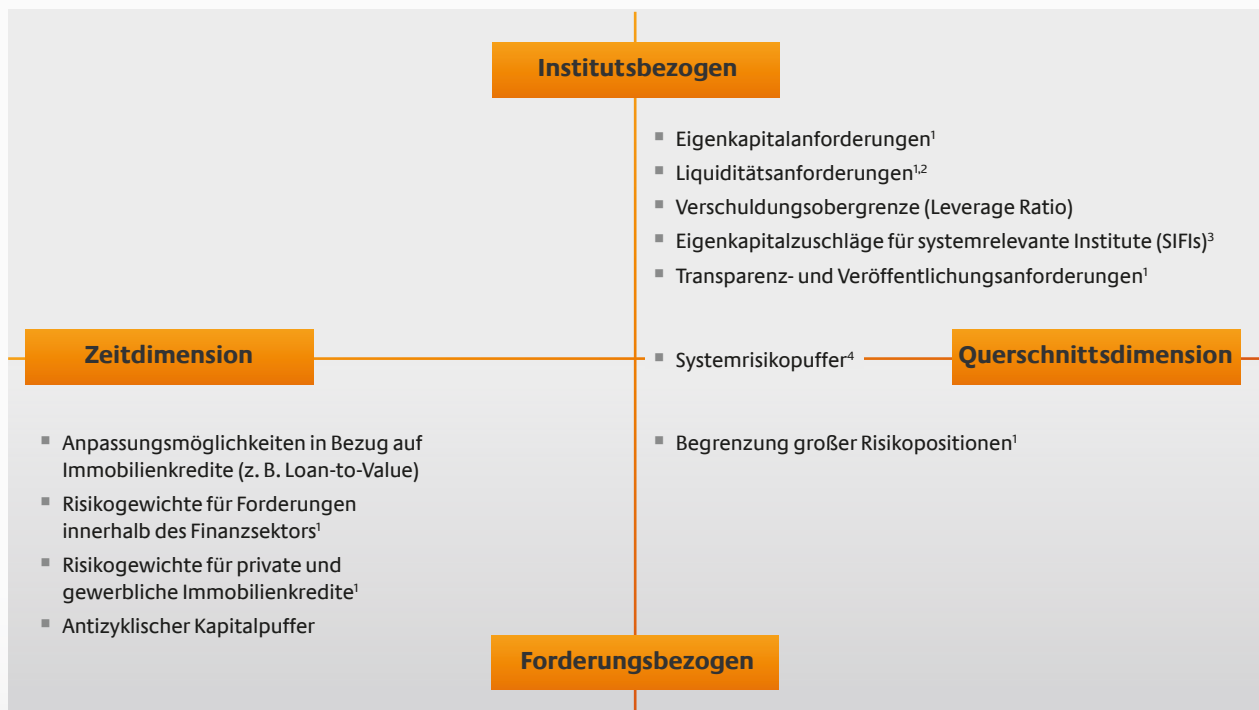


Abbildung 2: Makroprudenzielle Instrumente: Vorgesehene nationale Handlungsspielräume*



* Auf Grundlage der im EU-Finanzministerrat beschlossenen allgemeinen Ausrichtung zur Umsetzung von Basel III in europäisches Recht (CRD IV/CRR).

¹ Mögliche nationale Maßnahmen nach Artikel 443 CRR; nach Genehmigungsverfahren.

² Möglich ab Inkrafttreten der Liquidity Coverage Ratio (LCR); Anforderungen an Banken abhängig von gehaltenen Aktivaklassen.

³ Teil der Basel III-Vereinbarungen; konkrete Umsetzung in europäisches Recht noch offen.

⁴ Der Systemrisikopuffer soll sowohl instituts- als auch forderungsbezogen ausgestaltet werden können (Artikel 124a CRD IV).

Quelle: Finanzstabilitätsbericht 2012, Deutsche Bundesbank.

auf seine Angemessenheit zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen. Die Kriterien für die Instrumentenbewertung und -auswahl orientieren sich dabei an den Prinzipien der Effektivität, der Effizienz sowie der Machbarkeit.

5 Ausblick: Einsatz makroprudenzieller Eingriffsinstrumente

Im Einsatz makroprudenzieller Instrumente gilt es, die Vor- und Nachteile eines diskretionären gegenüber eines regelbasierten Ansatzes abzuwägen. Jeder Finanzzyklus hat sowohl allgemeine als auch spezifische Merkmale, die neben empirischen Indikatoren immer auch qualitative Informationen für die Bewertung erfordern. Zeitpunkt und Intensität makroprudenzieller Maßnahmen bedürfen daher eines gewissen Ermessensspielraums. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass makroprudenzielle Politik für die Marktteilnehmer berechenbar und der Einsatz von Instrumenten transparent ist. Die Erfahrungen der Geldpolitik dokumentieren, dass Berechenbarkeit, Transparenz und Konsistenz die Zielerreichung erheblich fördern. Daher kann ein regelbasierter Ansatz Leitlinien für den Instrumenteneinsatz vorgeben und Unsicherheiten für die Finanzakteure reduzieren. Zudem kann die makroprudenzielle Politik möglichen Widerständen durch Partikularinteressen leichter begegnen, insbesondere im Falle unpopulärer Maßnahmen.

Durch den europäischen Binnenmarkt ist eine Harmonisierung der Bedingungen und Kriterien von makroprudenziellen Instrumenten auf europäischer Ebene wünschenswert, um die Effizienz des gemeinsamen europäischen Finanzmarktes nicht zu gefährden und nationalen Protektionismus zu verhindern. Der Einsatz makroprudenzieller Instrumente wird daher in der EU durch die geplante Richtlinie (Capital Requirements Directive IV, CRD IV) und Verordnung (Capital Requirements Regulation, CRR), die sich derzeit in den Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und EU-Kommission befinden, geregelt. Die Gesetzesinitiativen räumen nationalen makroprudenziellen Behörden Handlungsspielraum etwa in Bezug auf den antizyklischen Kapitalpuffer und sektorale Risikogewichte ein. Eine solche Handlungsfähigkeit nationaler makroprudenzieller Behörden zur Abwehr von Gefahren für das Finanzsystem ist erforderlich. Einerseits verfügt die nationale Ebene über die größte Expertise bei der Analyse der nationalen makroprudenziellen Bedingungen. Andererseits werden die Kosten einer Finanzkrise vorwiegend national getragen.

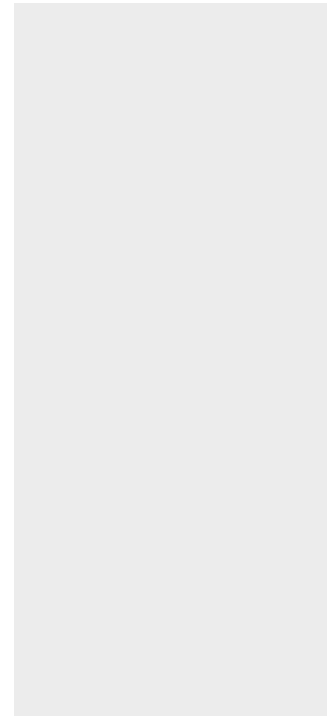
Gleichwohl kann makroprudenzielle Politik durch die Integration der Finanzsysteme nicht isoliert national betrachtet werden. Systemische Risiken und makroprudenzielle Maßnahmen in einer Volkswirtschaft haben oft grenzüberschreitende Auswirkungen, die berücksichtigt werden müssen. Positive Externalitäten makroprudenzieller Politik

 Forum Finanzpolitik

FINANZSTABILITÄT WAHREN: RAHMEN, WERKZEUGE UND HERAUSFORDERUNGEN

ergeben sich durch die Vermeidung von Finanzkrisen und den damit verbundenen Kosten sowohl für das handelnde Land, als auch für Länder, die mit diesem durch Handel und finanzielle Verflechtungen verbunden sind. Ebenso hängen negative Externalitäten, sogenannte Spillover-Effekte, die sich unbeabsichtigt auf die Kreditversorgung, auf Kapital- oder Liquiditätsverschiebungen oder auf den Anstieg systemischen Risikos auswirken können, vom Kredit-Zyklus und von gegebenenfalls divergierender nationaler makroprudenzieller Politik ab. Daher ist eine teilweise Koordinierung innerhalb der Europäischen Union nötig.

Eine wirksame, der Wahrung der Finanzsystemstabilität verpflichtete makroprudenzielle Überwachung ist ein zentraler Baustein für eine stabile Währungs- und Wirtschaftsunion in Europa. Deutschland hat diese Lehre aus der Finanzkrise umfassend aufgegriffen und die entsprechenden gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen. Diesen Rahmen werden die an der Finanzsystemüberwachung beteiligten Institutionen – Bundesministerium der Finanzen, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und Deutsche Bundesbank – nun mit Leben erfüllen.



Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung – Ermittlung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren

Projekt des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) in Zusammenarbeit mit den Ländern Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie mit Unterstützung von Niedersachsen, der Bertelsmann Stiftung und der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

- Aufgrund des erweiterten Nationalen Normenkontrollrat-Mandats (NKR) ist es ab 1. September 2011 erforderlich, in allen Gesetzgebungsvorhaben den Erfüllungsaufwand für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung im Gesetzesvorblatt darzustellen.
- Für die Steuerverwaltung der Länder lagen bislang keine für eine Quantifizierung ausreichenden Kenntnisse über den Vollzugsaufwand vor.
- Um den Vollzugsaufwand der Steuerverwaltungen der Länder ex ante ermitteln und darstellen zu können, wurde vom BMF und fünf Ländern ein Projekt zur Entwicklung einer dafür geeigneten Methodik durchgeführt.
- Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in einer Handlungsanleitung sowie Benutzerhandbüchern dokumentiert.
- Die entwickelte Methode wird künftig durch das BMF in Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Vollzugsaufwand“ aktualisiert und gepflegt.

1	Einleitung.....	17
2	Ermittlung des Vollzugsaufwands der Steuerverwaltung	17
3	Projekt zur Entwicklung einer Methodik zur Ermittlung des Vollzugsaufwands der Steuerverwaltungen der Länder ex ante	18
3.1	Projektziel	18
3.2	Projektablauf und Zeitplan	18
3.3	Projektorganisation.....	19
3.4	Vorgehensweise	19
3.5	Herausforderungen bei der Ermittlung des Vollzugsaufwands	21
3.5.1	Normenzuordnung	21
3.5.2	Modellierungstiefe	22
3.5.3	Fallzahlen	22
4	Fazit	22

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

1 Einleitung

In Gesetzentwürfen der Bundesregierung ist der Erfüllungsaufwand der Normadressaten auszuweisen. Hierzu gehört auch der Vollzugsaufwand der öffentlichen Verwaltung. Der Vollzug der Steuergesetze obliegt schwerpunktmäßig den Finanzämtern, die als Behörden der Steuerverwaltung der Länder nicht zum Geschäftsbereich des BMF gehören. Der folgende Beitrag fasst die wesentlichen Ergebnisse eines in den vergangenen eineinhalb Jahren auf Initiative des BMF gemeinsam mit mehreren Ländern durchgeführten Projekts zur Ex-ante-Quantifizierung des Vollzugsaufwands der Steuerverwaltung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren zusammen.

2 Ermittlung des Vollzugsaufwands der Steuerverwaltung

Gemäß § 43 Absatz 1 Nr. 5 in Verbindung mit § 44 Absatz 4 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) haben die Bundesministerien den Erfüllungsaufwand im Sinne des § 2 Absatz 1 Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKR) für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft sowie öffentliche

Verwaltung zu ermitteln und darzustellen. § 2 Absatz 1 NKRG folgend umfasst der Erfüllungsaufwand den gesamten messbaren Zeitaufwand und die Kosten, die durch die Befolgung einer bundesrechtlichen Vorschrift bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen. Nicht zum Erfüllungsaufwand gehören die Einnahmen und Ausgaben, die bei Gesetzentwürfen unter Buchstabe D des Vorblattes ausgewiesen werden; so zum Beispiel Steuermehr- beziehungsweise -mindereinnahmen. Die Kosten, die der Verwaltung entstehen, werden im allgemeinen Sprachgebrauch als Vollzugsaufwand bezeichnet.

Dies gilt auch für die Steuergesetzgebung. Trotz der damit bestehenden Verpflichtung, in Steuergesetzgebungsvorhaben auch den Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung der Länder quantitativ darzustellen, unterblieb dies in der Praxis zumeist, weil es an einer Methodik zur Durchführung einer solchen Schätzung fehlte. Zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands gab das Statistische Bundesamt zwar im Auftrag der Bundesregierung und des NKR im Juni 2011 für alle Ressorts einen Leitfaden heraus.¹ Das

¹Der Leitfaden wurde hinsichtlich der Anhänge zu den Lohnkostentabellen aktualisiert (Stand Oktober 2012).

Abbildung 1: Darstellung des Vollzugsaufwands als Teil des Erfüllungsaufwands



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

darin enthaltene Schema zur Ermittlung des Erfüllungsaufwands liefert jedoch nur einen Rahmen, der im Hinblick auf die – teilweise länderspezifischen – Gegebenheiten der Steuerverwaltung konkretisiert werden muss. Um dem gesetzlichen Auftrag angemessen nachkommen zu können, galt es daher, eine Methode zu entwickeln, die systematisch eingesetzt werden kann, um innerhalb einer angemessenen Zeit mit hinreichender Genauigkeit den Vollzugsaufwand in der Steuerverwaltung schätzen zu können. Hierzu wurde auf Initiative des BMF und der Bertelsmann Stiftung das Projekt „Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung – Ermittlung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren“ etabliert. Da der Sachverstand der Länder für den Projekterfolg unverzichtbar erschien, wurden mehrere Länder in die Projektplanung und -durchführung aktiv einbezogen.

3 Projekt zur Entwicklung einer Methodik zur Ermittlung des Vollzugsaufwands der Steuerverwaltungen der Länder ex ante

3.1 Projektziel

Konkretes Ziel war es, für das BMF eine Methode zu entwickeln, die die

Besonderheiten des Steuerrechts und der Steuerverwaltung berücksichtigt. Diese sollte in Form einer praxistauglichen Handlungsanleitung dokumentiert werden. Zudem sollte die Methode so konzipiert sein, dass sie es dem BMF ermöglicht, innerhalb kurzer Zeit selbständig den Erfüllungsaufwand, der durch Gesetzgebungsvorhaben bei den Steuerverwaltungen der Länder verursacht wird, mit hinreichender Genauigkeit abschätzen zu können.

3.2 Projektablauf und Zeitplan

Das Projekt war ursprünglich für den Zeitraum von Januar bis Dezember 2011 geplant. Innerhalb dieses Jahres konnte die grundlegende Methodik planmäßig entwickelt werden (Phase I). Damit diese Methode nachhaltig auf alle künftigen Gesetzgebungsverfahren angewendet werden kann, musste das Vorgehensmodell im Anschluss an die Entwicklung noch intensiv erprobt werden. Zu diesem Zweck wurde das Projekt um ein halbes Jahr verlängert (Phase II). Aufgrund der in Phase I gesammelten Projektergebnisse hielten es alle Beteiligten für erfolgversprechend, diese Erprobungs- und Einführungsphase gleichzeitig auch zur Evaluierung und gegebenenfalls Anpassung der Methode zu nutzen. Ende Juni 2012 wurde das Projekt offiziell beendet.

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

Abbildung 2: Projektzeitplan



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3.3 Projektorganisation

Am Pilotprojekt nahmen Experten der Steuerverwaltungen der Länder Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen teil. Das BMF übernahm die Projektleitung. Die Bertelsmann Stiftung unterstützte das Projekt in Phase I – in Zusammenarbeit mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Phase I und II) – methodisch. Das Land Niedersachsen unterstützte das Projekt darüber hinaus in informationstechnischer Hinsicht. Für die übergreifende Koordinierung der Projektarbeit wurde eine Lenkungsgruppe eingerichtet. An den Sitzungen nahmen auch Vertreter des NKR und der Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt teil.

3.4 Vorgehensweise

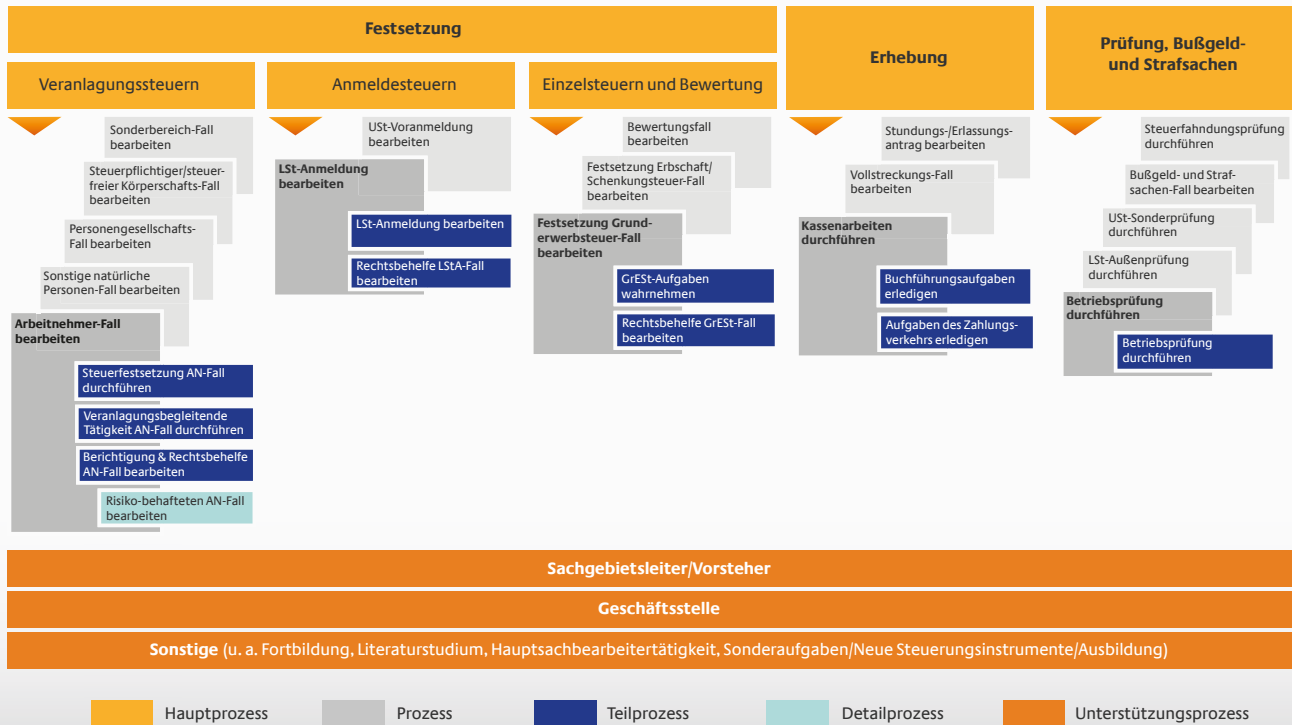
Die erarbeitete Methodik konzentriert sich inhaltlich auf eine Ex-ante-Betrachtung. Zudem wurde eine aufgaben- beziehungsweise prozessbezogene Herangehensweise gewählt. Alle Aufgabenbereiche eines Finanzamtes und deren wesentlichen Prozesse wurden in einer standardisierten Prozesslandkarte in Form von Prozessmodellen abgebildet.

Da länderspezifische Besonderheiten bezüglich der Organisation in den einzelnen Finanzämtern keinen Einfluss auf den Vollzug der Steuergesetze (Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung) und somit auch nicht auf den damit verbundenen

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

Abbildung 3: Prozesslandkarte



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aufwand haben sollten, wurden die wesentlichen Aufgaben der Steuerverwaltung in allgemeingültigen länderunabhängigen Geschäftsprozessen (Standardprozessen) dargestellt. Den Prozessen wurden, soweit möglich, die zugrunde liegenden steuerrechtlichen Normen zugeordnet. Die Prozessdarstellungen enthalten darüber hinaus für eine Berechnung notwendige Attribute, z. B. den Zeitaufwand und die für die Bearbeitung verantwortliche „Rolle“ (Laufbahngruppe). In Kombination mit Fallzahlen, den für Schätzungszwecke auch auf die Steuerverwaltung der Länder anwendbaren Personalkostensätzen der nachgeordneten Bundesbehörden sowie einem gegebenenfalls feststellbaren spezifischen sächlichen Aufwand errechnet sich dann der Vollzugsaufwand der Steuerverwaltungen. Im Ergebnis werden die den Aufwand der Steuerverwaltung prägenden Personalkosten einschließlich normalisierter Zuschläge für IT- und sonstige Sachkosten, Leitung und Intendanz

ausgewiesen. Einmalaufwände insbesondere im IT-Bereich müssen gegebenenfalls gesondert berechnet werden.

Die Vollzugsaufwandsermittlung – von der Identifizierung einzelner angesprochener Geschäftsprozesse bis hin zur Darstellung im Gesetzentwurf – wird in großen Teilen technisch unterstützt. Zur Darstellung der Prozesse wurde das Modellierungstool ADONIS eingesetzt. Des Weiteren wurde für die Berechnung des Vollzugsaufwands im Rahmen des Projekts ein MS-Excel-basiertes Berechnungstool entwickelt. Nähere Informationen hierzu können der Projektdokumentation entnommen werden.

Schematisch lässt sich diese Ermittlung des Vollzugsaufwands in vier Phasen und zwölf Schritten darstellen (siehe Abbildung 4).

Eine detaillierte Beschreibung der konkreten Ermittlung des Vollzugsaufwands kann ebenfalls der Projektdokumentation

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

Abbildung 4: Vorgehensweise zur Ermittlung des Vollzugsaufwands



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

entnommen werden. Darin ist jeder einzelne der zwölf Schritte separat für den Anwender erläutert. Die Projektdokumentation wurde auf zahlreichen Internetseiten veröffentlicht. Sie kann z. B. auf der Internetseite des BMF sowie der Geschäftsstelle Bürokratieabbau aufgerufen werden. Die Bertelsmann Stiftung hat als Unterstützer des Projekts während der ersten Phase die Projektdokumentation ebenfalls auf ihrer Internetseite eingestellt.

3.5 Herausforderungen bei der Ermittlung des Vollzugsaufwands

3.5.1 Normenzuordnung

Da die Methode an die Zuordnung der Normen zu den entsprechenden Aktivitäten in den jeweiligen Prozessen anknüpft, stellt die Normenzuordnung einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Je vollständiger und

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

zutreffender die Zuordnung erfolgt, desto genauer kann auch der voraussichtlich damit verbundene Vollzugaufwand geschätzt werden. Die Qualität des Ergebnisses wird somit unmittelbar durch die Qualität der Normzuordnung bestimmt. Im Rahmen des Methodeneinsatzes ist der Normzuordnung deshalb besondere Bedeutung beizumessen. Es handelt sich um eine Daueraufgabe, denn sowohl das Steuerrecht als auch die Organisation der Steuerverwaltung sind ständigen Änderungen unterworfen.

3.5.2 Modellierungstiefe

Der Detaillierungsgrad der Prozessmodelle (Modellierungstiefe) wird von den verfügbaren Daten der Steuerverwaltung bestimmt. Nicht für alle Aufgabenbereiche war auf dieser Basis eine vergleichbare Modellierungstiefe zu erreichen. Dies beeinflusst auch die Zielgenauigkeit der Normenzuordnung und im Ergebnis damit die Belastbarkeit der Schätzung des Vollzugaufwands. Die sukzessive Vervollständigung und Vertiefung der Datengrundlagen sind unerlässlich, um das Prozessmodell weiterzuentwickeln und die Prognosegüte der Aufwandsschätzungen zu verbessern. Eine vollständige „Automatisierung“ der Schätzungen wird allerdings nicht erreichbar sein, da die Modelle zwangsläufig den Ist-Zustand abbilden. Richtung und Ausmaß der durch den Gesetzgeber induzierten Veränderungen müssen anhand der modellierten Aktivitäten letztlich durch personelle Wertungsentscheidungen bestimmt werden. Dies gilt in besonderem Maße, wenn der Gesetzgeber die Steuerverwaltung mit vollständig neuen Aufgaben konfrontiert, für die das Prozessmodell nur Anhaltspunkte auf Basis der Darstellung mehr oder weniger „ähnlicher“ Aktivitäten liefern kann.

3.5.3 Fallzahlen

Da es sich bei dem Vollzug von Steuergesetzen häufig um Massenverfahren handelt, kommt der Bestimmung der durch die Norm

betroffenen Fälle eine besonders tragende Rolle zu. Sofern von der zu betrachtenden Neuregelung nur ein eingeschränkter Personenkreis betroffen ist, reichen die im Steuerbereich einschlägigen, bundesweit verfügbaren statistischen Grundlagen oftmals nicht aus. Falls in den Ländern entsprechende Aufzeichnungen geführt werden, kann zwar auf Länderwerte zurückgegriffen werden: die entsprechende Informationsgewinnung ist aber teilweise arbeits- und zeitintensiv. Liegen auch in den Ländern keinerlei Daten zu Fallzahlen vor, kann nur eine grobe und häufig lediglich qualitative Schätzung durchgeführt werden. Auch in diesem Bereich wird es darauf ankommen, die Datengrundlagen zu erweitern und die Verfahren der Informationsgewinnung zu verbessern. Der unmittelbare Rückgriff des BMF auf anonymisierte Steuerdaten der Länder gemäß § 21 Absatz 6 des Finanzverwaltungsgesetzes sollte dazu einen signifikanten Beitrag leisten.

4 Fazit

Das Projektziel wurde erreicht. Das BMF ist nunmehr grundsätzlich imstande, im Rahmen von Gesetzesvorhaben innerhalb angemessener Zeit selbständig ermitteln zu können, welche wesentlichen Auswirkungen Gesetzesänderungen für die Steuerverwaltungen der Länder voraussichtlich haben werden. Zur ergänzenden Qualitätssicherung der Aufwandsschätzungen des BMF wurde ein „Arbeitskreis Vollzugaufwand“ gebildet. Er setzt sich aus den auch an der Prozessmodellierung beteiligten Experten des BMF sowie der am Projekt beteiligten Länder zusammen. Soweit im Gesetzgebungsprozess möglich, schaltet das BMF den Arbeitskreis insbesondere mit dem Ziel ein, die Belastbarkeit seiner Schätzung zu verbessern. Zugleich soll damit insoweit – unabhängig von eventuellen politischen oder steuerfachlichen Diskussionen – ein Streit zwischen Bund und Ländern „um Zahlen“ so weit wie möglich erübrigt werden.

Analysen und Berichte

VOLLZUGSAUFWAND DER STEUERVERWALTUNG – ERMITTLUNG IM RAHMEN VON GESETZGEBUNGSVERFAHREN

Um den dauerhaften Einsatz der Methode zur Ermittlung des Vollzugsaufwands sowie das zugrunde liegende Prozessmodell (inklusive der einzelnen Attribute) sicherzustellen, müssen diese regelmäßig fortgeschrieben werden. Hierzu ist ebenfalls der „Arbeitskreis Vollzugsaufwand“ berufen. Zugleich ist damit auch nach Abschluss des Projekts die weiterhin notwendige Kommunikation zwischen dem BMF und den Ländern sichergestellt. Der Arbeitskreis tritt grundsätzlich ein Mal pro Jahr – ergänzend auch anlassbezogen – zusammen, um über die Aktualisierung und Weiterentwicklung der Methode zu beraten.

Damit das BMF innerhalb angemessener Zeit die wesentlichen Auswirkungen von Gesetzesänderungen für die Steuerverwaltungen der Länder selbständig ermitteln kann, ist es außerdem von entscheidender Bedeutung, dass die für die Ermittlung des Vollzugsaufwands verantwortlichen Organisationseinheiten möglichst frühzeitig über konzeptionelle Überlegungen, die in Gesetzgebungsvorhaben münden sollen, informiert werden.

Nutzung und Perspektiven der Steuerstatistiken für Politikberatung und Wissenschaft

- Die amtliche Steuerstatistik ist eine zentrale Grundlage für die Haushaltsplanung von Bund, Ländern und Gemeinden und eine wichtige Datenquelle für die Wissenschaft.
- Die Verfügbarkeit von Einzeldatensätzen seit Mitte der 1990er Jahre hat die Entwicklung von Mikrosimulationsmodellen und anderen Prognoseinstrumenten ermöglicht, was die Qualität der Schätzungen deutlich verbessert hat.
- An weiteren Verbesserungen der Auswertungsmöglichkeiten der Steuerstatistiken wird im Statistischen Bundesamt gearbeitet (z. B. Paneldaten, Verknüpfung von Statistiken).

1	Einleitung.....	24
2	Politikberatung	24
3	Wissenschaft.....	26
4	Produktion durch Statistische Ämter	26
5	Ergebnisse und Ausblick.....	27

1 Einleitung

Die amtliche Steuerstatistik bildet für die Politik eine der wichtigsten Datengrundlagen bei der Abschätzung fiskalischer Folgen von Steuerrechtsänderungen. Die Bezifferungen für die Auswirkung von Steuerrechtsänderungen gehen über die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ in die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden ein. Ebenso wird vonseiten der Wissenschaft zu Forschungszwecken gern auf das umfangreiche Datenangebot der Steuerstatistiken zurückgegriffen.

Um den Anforderungen der Nutzer der amtlichen Statistiken immer besser gerecht zu werden, führt das Statistische Bundesamt regelmäßig Fachausschüsse durch, in denen die Nutzer einerseits über aktuelle Entwicklungen informiert werden, andererseits die Möglichkeit haben, auf Inhalt und Ausgestaltung der Statistiken Einfluss zu nehmen.

Der diesjährige Fachausschuss wurde als zweitägige Nutzerkonferenz in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Forschungsdatenzentrum des Bundes in Berlin abgehalten. Dr. Sabine Bechtold (Statistisches Bundesamt) und Prof. Dr. Ralf Maiterth (Humboldt-Universität zu Berlin) begrüßten am 11. Oktober 2012 rund 100 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und amtlicher Statistik im Senatssaal der Humboldt-Universität, um Stand und Perspektiven der Steuerstatistiken im Hinblick auf Politikberatung und wissenschaftliche Analysen zu erörtern.¹

2 Politikberatung

Am ersten Konferenztage lag der Fokus auf der Nutzung der Steuerstatistiken

¹Dieser Tagungsbericht wurde von Dipl.-Pädagogin Ulrike Gerber und Dipl.-Volkswirt Stefan Dittrich – beide Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes – erstellt.

Analysen und Berichte

NUTZUNG UND PERSPEKTIVEN DER STEUERSTATISTIKEN FÜR POLITIKBERATUNG UND WISSENSCHAFT

für die Politikberatung. Dr. Ulrich van Essen und Gregor Schlick aus dem im Bundesministerium der Finanzen (BMF) für die Quantifizierung der fiskalischen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen zuständigen Referat verwiesen in ihrer Präsentation auf die große Bedeutung der Abschätzung von Auswirkungen steuerpolitischer Entscheidungen auf die öffentlichen Haushalte. Adressaten der Bezifferungen seien in erster Linie der Gesetzgeber und die für die Haushaltsplanungen zuständigen Bundes- und Landesregierungen, aber auch die politisch interessierte Öffentlichkeit. Vor der Novellierung des Steuerstatistikgesetzes vom 11. Oktober 1995 habe das BMF keinen Zugriff auf Einzeldaten der amtlichen Steuerstatistik gehabt. Die Auswertungsmöglichkeiten seien daher auf die Analyse von aggregierten Statistiktabelle der Fachserien des Statistischen Bundesamtes und die Nutzung darauf basierender Simulationsmodelle beschränkt gewesen. Die Verfügbarkeit von Einzeldaten habe die Erstellung von Mikrosimulationsmodellen zunächst im BMF und später im vom BMF beauftragten Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik ermöglicht. Das BMF könne zudem auf umfassende Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zu allen steuerlichen Merkmalen zurückgreifen.

Unterstrichen wurde die Bedeutung der Steuerdaten als Mikrodatenbasis durch einen Vortrag von Prof. Dr. Joachim Merz (Leuphana Universität Lüneburg), der am Beispiel der Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung die Aussagekraft dieser Daten hervorhob. Nur mit den amtlichen Steuerstatistiken sei es möglich, zuverlässige Aussagen über sehr hohe Einkommen und die Einkommen der selbständig Beschäftigten zu treffen. Aufgrund der vollständigen Erfassung auch der Bezieher hoher Einkommen in der Lohn- und Einkommensteuerstatistik böten sich unverzichtbare Vorteile gegenüber Befragungsdaten.

Neben der unmittelbaren Analyse der Daten dienen diese häufig als Grundlage für Mikrosimulationsmodelle, was weitere Beiträge sehr plastisch belegten. So stellte Dr. Sven Stöwhase (Fraunhofer-Institut) das im Auftrag des BMF betriebene Mikrosimulationsmodell zur Einkommensteuer (MikMod) vor. Das Modell ermögliche, in kurzer Frist zu unterschiedlichen Reformvorhaben adäquate empirische Analysen zu Änderungen des Steueraufkommens und den damit verbundenen Verteilungswirkungen durchzuführen.

Prof. Dr. Henriette Houben (Humboldt-Universität zu Berlin) referierte darüber, wie mithilfe der Erbschaftsteuerstatistik ein nahezu vollständiges Bild über die Konsequenzen von Reformvorhaben zur Erbschaftsteuer gewonnen werden kann, und Prof. Dr. Michael Broer (Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften) illustrierte anhand der aktuellen Diskussion zur Gemeindefinanzreform das große Potenzial der Steuerdaten.

Abschließend lenkte Klaus Wolter (BMF) den Blick auf die zukünftigen Anforderungen an Steuerstatistik und Wissenschaft. Das Beispiel des Projekts der „Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage“, mit dem die Ertragsbesteuerung der Unternehmen auf europäischer Ebene harmonisiert werden soll, verdeutliche, dass die Bedeutung der steuerstatistischen Daten weiter zunehme. Insbesondere müsse die statistische Erfassung der notwendigen Kenngrößen, die für die Bestimmung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlagen einerseits und der Verteilung der Bemessungsgrundlage auf die beteiligten Mitgliedstaaten andererseits notwendig seien, deutlich über das bisherige Niveau hinausgehen. Zudem sei es notwendig, auf europäischer Ebene erstmals einheitliche Erfassungsstandards steuerstatistischer Daten zu definieren.

3 Wissenschaft

In mehreren Vorträgen wurden auf den Daten der Steuerstatistiken basierende wissenschaftliche Forschungsvorhaben präsentiert. Dr. Alexander Vogel (Statistikamt Nord) untersuchte auf der Grundlage des Umsatzsteuerpanels die Dynamik der Import- und Exportbeteiligung von Industrieunternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein. Durch die Ausgestaltung des Umsatzsteuerrechts seien grenzübergreifende Tätigkeiten zwar nicht für alle Wirtschaftszweige analysierbar, insbesondere für Industrieunternehmen böte sich jedoch ein großes Analysepotenzial. Maja Adena (Freie Universität Berlin) versuchte, anhand des auf den Einkommensteuerstatistiken basierenden Taxpayer-Panels Änderungen im Spendenverhalten von Einkommensteuerpflichtigen aufgrund der Steuerreformen der Jahre 2004 und 2005 zu identifizieren. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die fiskalischen Anreize für das Spendenverhalten von Beziehern mittlerer und höherer Einkommen effektiv sind.

Georg Struch (Universität Potsdam) erläuterte die von ihm durchgeführte Verknüpfung der faktisch anonymen Stichprobe der Einkommensteuerstatistik (FAST) mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) zum Mikrosimulationsmodell EITDsim. Ziel dieses Mikrosimulationsmodells ist die Analyse der Auswirkungen potenzieller Reformen des bestehenden Steuer- und Transfersystems auf das verfügbare Einkommen und das Arbeitsangebot von privaten Haushalten.

Wie Jost Henrich Heckemeyer (Universität Mannheim) referierte, würden die Umsatz- und die Körperschaftsteuerstatistik am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) genutzt, um Ergebnisse aus der Anwendung eines Mikrosimulationsmodells zur Analyse der Unternehmensbesteuerung in Deutschland näherungsweise auf die deutsche Unternehmenspopulation zu übertragen.

4 Produktion durch Statistische Ämter

In den Steuerstatistiken wurden in den vergangenen Jahren auf der Produktionsseite zahlreiche Neuerungen eingeführt. Wie Stefan Dittrich (Statistisches Bundesamt) erklärte, wurden zunächst die traditionell im mehrjährigen Turnus als Bundesstatistiken aufbereiteten Steuerstatistiken um jährliche Geschäftsstatistiken ergänzt. Zur Verbindung der Vorteile der Aktualität der Geschäftsstatistiken und der Qualität der dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder aufbereiteten Bundesstatistiken werde zurzeit an einem Steuerstatistischen Gesamtsystem (StSys) gearbeitet, mit dem Ziel, jährliche Bundesstatistiken nach dem Konzept der zentralen Produktion und Datenhaltung vorzuhalten. Durch die zentrale Produktion und Datenhaltung könnten die Aufbereitung rationalisiert und Synergieeffekte durch statistikübergreifende Verfahren realisiert werden. Die Aufbereitung der Geschäftsstatistikdaten durch das Statistische Bundesamt werde nach Abschluss der Umstellung eingestellt.

Das vorrangig durch Tabellen gekennzeichnete Datenangebot wurde in den vergangenen Jahren um diverse Zugänge zu Einzeldaten erweitert, insbesondere durch faktisch anonymisierte Daten für Wissenschaftler, Zugang zu Einzeldaten über kontrollierte Datenfernverarbeitung, Paneldaten sowie verknüpfte Daten der Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftsteuerstatistik. Die letztgenannten Themen – Paneldaten und Verknüpfung von Statistiken – wurden in separaten Beiträgen von Ulrike Gerber und Natalie Zifonun-Kopp (beide Statistisches Bundesamt) vertieft.

Des Weiteren stellte Natalie Zifonun-Kopp Überlegungen zur statistischen Aufbereitung der Daten der E-Bilanz vor. Die Teilnehmer unterstrichen die hohe Bedeutung statistischer Angaben aus der

Analysen und Berichte

NUTZUNG UND PERSPEKTIVEN DER STEUERSTATISTIKEN FÜR POLITIKBERATUNG UND WISSENSCHAFT

E-Bilanz für Politikberatung und Wissenschaft. Als weitere Arbeitsschwerpunkte der amtlichen Statistik wurden auf die Durchführung von Modellrechnungen zu Steuerrechtsänderungen für die Politik und die Erweiterung des Datenangebots um kartografische Ergebnisse bis auf die Gemeindeebene verwiesen. Ein noch größeres Potenzial ließe sich erschließen, wenn statt der Gemeindeangaben Adressangaben für statistische Auswertungen zur Verfügung stehen würden (Geokodierung).

Die Frage nach der Verfügbarkeit der Steuerstatistiken bildete den nächsten Schwerpunkt der Konferenz. Während die Finanzministerien von Bund und Ländern über einen gesetzlich speziell geregelten Zugang zu Einzeldaten verfügten, sei für Wissenschaftler die Nutzung der amtlichen Mikrodaten nur über die Forschungsdatenzentren möglich, wie Prof. Dr. Markus Zwick (Eurostat) und Rafael Beier (Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes) erläuterten. Dabei stehen den Wissenschaftlern mit vollständig anonymisierten Public Use Files, faktisch anonymisierten Scientific Use Files, den Möglichkeiten des Fernrechnens und der Tätigkeit als Gastwissenschaftler in einem Statistischen Amt verschiedene Zugangswege zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wurde die Bitte an die Politik gerichtet, die gesetzlichen Grundlagen für einen verbesserten Zugang der Wissenschaft zu Einzeldaten zu schaffen.

Eine zentrale Aufgabe der Statistischen Ämter bildet die Gewährleistung der Geheimhaltung in Veröffentlichungen, aber auch beim Zugang zu sensiblen Einzeldaten. Mit der sogenannten Tabellengeheimhaltung befasste sich der Vortrag von Juliane Gude und Sarah Giessing (beide Statistisches Bundesamt). Die Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung sei insbesondere in den Steuerstatistiken von Bedeutung, da hier besonders sensible personenbeziehungsweise unternehmensspezifische Angaben verarbeitet und veröffentlicht würden. Die Schwierigkeit bestehe darin,

auf der einen Seite die Geheimhaltung sicherzustellen und auf der anderen Seite den Informationsgehalt der veröffentlichten Daten so hoch wie möglich zu halten. Die bislang eingesetzte Methode der Zellsperre werde den Ansprüchen an Konsistenz der Sperrmuster und dem wachsenden Bedarf an flexiblen und individuellen Auswertungen nur eingeschränkt gerecht. Das Statistische Bundesamt teste daher derzeit anhand der Umsatzsteuerstatistik den Einsatz datenverändernder Verfahren mit dem Ziel, ein hohes Maß an Auswertungsflexibilität unter Gewährleistung einer konsistenten und zuverlässigen Geheimhaltung zu ermöglichen.

Ein Beitrag von Eric Schulte Nordholt (Statistics Netherlands) zum Datenzugang für Wissenschaftler in den Niederlanden rundete das Thema ab. In den Niederlanden können Wissenschaftler über ein Online-Portal unmittelbar die im Statistischen Amt liegenden nicht anonymisierten Einzeldaten auswerten. Eine Weitergabe der Einzeldaten auch in Form anonymisierter Datenfiles außerhalb des Statistischen Amtes findet hingegen nicht statt. Zusammenführungen mit anderen Datenbeständen werden ausschließlich durch das Statistische Amt vorgenommen. Er strich heraus, dass natürlich juristische Vorkehrungen gegen Datenmissbrauch getroffen würden und entsprechende Maßnahmen zu dessen Ahndung, z. B. der Ausschluss des betreffenden Forschungsinstituts, vorgesehen seien, dass aber ein grundsätzliches Vertrauen die Basis jeglicher Zusammenarbeit sei. Er appellierte an die Wissenschaft, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen.

5 Ergebnisse und Ausblick

Auf der Nutzerkonferenz stellten Vertreter der wichtigsten Akteure der Steuerstatistiken – Finanzbehörden, Datenproduzenten und Wissenschaft – aktuelle Arbeiten und Anregungen für die zukünftige Arbeit vor. Durch die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Interessen konnte das

Analysen und Berichte

NUTZUNG UND PERSPEKTIVEN DER STEUERSTATISTIKEN FÜR POLITIKBERATUNG UND WISSENSCHAFT

gegenseitige Verständnis verstärkt werden. Die Nutzer hoben die erheblichen Fortschritte bei der Bereitstellung von steuerstatistischen Daten für Politikberatung und Wissenschaft in den vergangenen zehn Jahren hervor. Entwicklungspotenziale wurden insbesondere bei der weiteren Verknüpfung von Steuerstatistiken im Längs- und Querschnitt, der Aufbereitung der E-Bilanz sowie bei den Zugriffsmöglichkeiten der Wissenschaft auf die Mikrodaten gesehen.

Ebenso wie die Politik wünscht die Wissenschaft in Zukunft noch zeitnähere Daten und weitere Zusammenführungen der verschiedenen Steuerstatistiken, darüber hinaus aber auch personenbezogene

Informationen statt solcher auf Steuerpflichtigenebene in der Lohn- und Einkommensteuerstatistik. An die Politik wurde der Wunsch nach Verankerung und Erweiterung des Mikrodatenzugangs für Wissenschaftler im Bundesstatistikgesetz gerichtet. Die Politikberatung erhofft sich von der Wissenschaft neue und belastbare Prognosemodelle.

Das Tagungsprogramm und die einzelnen Präsentationen können auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter <https://www.destatis.de/DE/UeberUns/Veranstaltungen/FachausschussFinanzSteuerstatistikenSteuern.html> abgerufen werden.

Betriebsprüfungsstatistik 2011

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2011

- Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Betriebsprüfungen führten im Jahr 2011 zu einem Mehrergebnis von 16,3 Mrd. €.
- 13 226 Prüfer waren im Einsatz und erzielten durchschnittlich ein Mehrergebnis von rund 1,23 Mio. € pro Prüfer.
- Von den 8 571 212 Betrieben die in der Betriebskartei der Finanzämter erfasst sind, wurden 197 518 Betriebe geprüft; das entspricht 2,3%.

1	Betriebsprüfung	29
2	Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe	30
3	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte	31
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung	32

1 Betriebsprüfung

Unter den Begriff der Außenprüfung fallen mehrere gesonderte Prüfungsdienste der Steuerverwaltung: die Betriebsprüfung, die Umsatzsteuer-Sonderprüfung und die Lohnsteuer-Außenprüfung. In diesem Beitrag wird ausschließlich das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung dargestellt.

Das BMF erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Außenprüfung ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs des Staates. Rechtsgrundlage hierfür ist § 193 der Abgabenordnung (AO), wonach

Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen zulässig sind, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die freiberuflich tätig sind oder sogenannte bedeutende Einkünfte erzielen (§ 193 Absatz 1 AO). Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Absatz 2 Nr. 2 AO).

Für Zwecke der Betriebsprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und
- Kleinstbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung 2000 – BpO 2000), wobei die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2011

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 20. Prüfungsturnus (1. Januar 2010)

BETRIEBSART ¹	BETRIEBSMERKMALE in €	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)
Handelsbetriebe (H)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	6 900 000 265 000	840 000 53 000	160 000 34 000
Fertigungsbetriebe (F)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 000 000 235 000	480 000 53 000	160 000 34 000
Freie Berufe (FB)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 300 000 540 000	790 000 123 000	160 000 34 000
Andere Leistungsbetriebe (AL)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	5 300 000 305 000	710 000 59 000	160 000 34 000
Kreditinstitute (K)	Aktivvermögen oder steuerlicher Gewinn über	128 000 000 530 000	33 000 000 180 000	10 000 000 43 000
Versicherungsunternehmen Pensionskassen (V)	Jahresprämieeinnahmen über	28 000 000	4 600 000	1 700 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (LuF)	Wirtschaftswert der selbst- bewirtschafteten Fläche oder steuerlicher Gewinn über	210 000 116 000	100 000 60 000	44 000 34 000
Sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb		
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361 - 19/92 (BStBl I S. 404)	alle		
Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKÖ)	Summe der Einnahmen	über 6 000 000		
Fälle mit bedeutenden Einkünften (bE)	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EStG (keine Saldierung mit negativen Einkünften)	über 500 000		

¹ Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 20. August 2009 – IV A 4 – S 1450/08/10001–.

wird. Die zum 1. Januar 2010 geltenden Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen sind aus Tabelle 1 ersichtlich. Die Einordnung in eine Größenklasse erfolgt stichtagbezogen alle drei Jahre, das nächste Mal somit zum 1. Januar 2013. Die Einordnung kann für den einzelnen Betrieb Auswirkungen auf die Häufigkeit der Betriebsprüfungen haben.

2 Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe

In der Betriebskartei der Finanzämter waren im Jahr 2011 8 571 212 Betriebe erfasst, von denen 197 518 Betriebe geprüft wurden (2,3%). Ferner waren dort 30 862 Steuerpflichtige

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2011

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft	
	Anzahl	Anzahl	Anteil
Großbetriebe (G)	191 335	41 764	21,8 %
Mittelbetriebe (M)	799 135	52 679	6,6 %
Kleinbetriebe (K)	1 189 727	39 779	3,3 %
Kleinstbetriebe (Kst)	6 391 015	63 296	1,0 %
Summe	8 571 212	197 518	2,3 %
bedeutende Einkünfte (bE)	15 281	1 999	13,1 %
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	15 581	1 453	9,3 %

mit bedeutenden Einkünften (bE) bzw. Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG) aufgeführt, von denen 3 452 Fälle geprüft wurden (siehe Tabelle 2).

Weitere Betriebsprüfungen erfolgten bei sonstigen Steuerpflichtigen, die nicht den vorgenannten Fallgruppen zuzuordnen waren.

3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Während bei Großbetrieben in der Regel der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen soll (§ 4 Absatz 2 BpO 2000), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen, ist für die übrigen Betriebe lediglich vorgesehen, dass ein Prüfungszeitraum nicht mehr als drei

zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Absatz 3 BpO 2000). In der Praxis der Betriebsprüfung spiegeln sich diese Anforderungen im Prüfungsturnus wider, also dem Zeitraum, der durchschnittlich vergeht, bis ein Betrieb wieder einer Prüfung unterliegt. Der Prüfungsturnus differiert sehr stark für die einzelnen Größenklassen. Rechnerisch wird ein Großbetrieb alle 4,58 Jahre geprüft, ein Kleinbetrieb hingegen alle 29,91 Jahre. Im Durchschnitt aller Größenklassen liegen 43,39 Jahre zwischen den Betriebsprüfungen (siehe Tabelle 3).

In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2011 eine Betriebsprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich bei einem Kleinbetrieb auf 2,9 Veranlagungsjahre belief (siehe Tabelle 4).

Durch Kombination beider Größen lässt sich die Prüfungsdichte, also die Wahrscheinlichkeit,

Tabelle 3: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)	G bis Kst
Prüfungsturnus in Jahren	4,58	15,17	29,91	100,97	43,39

Tabelle 4: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)
Prüfungszeitraum in Jahren	3,3	3,0	2,9	2,9

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2011

Tabelle 5: Prüfungsdichte im Berichtszeitraum 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Größenklasse	geprüft	nicht geprüft
Großbetriebe (G)	72,8 %	27,2 %
Mittelbetriebe (M)	19,9 %	80,1 %
Kleinbetriebe (K)	9,8 %	90,2 %
Kleinstbetriebe (Kst)	2,9 %	97,1 %

dass ein Veranlagungsjahr geprüft wird, ermitteln. Bei Großbetrieben werden somit durchschnittlich 72,8% der Veranlagungsjahre geprüft (siehe Tabelle 5).

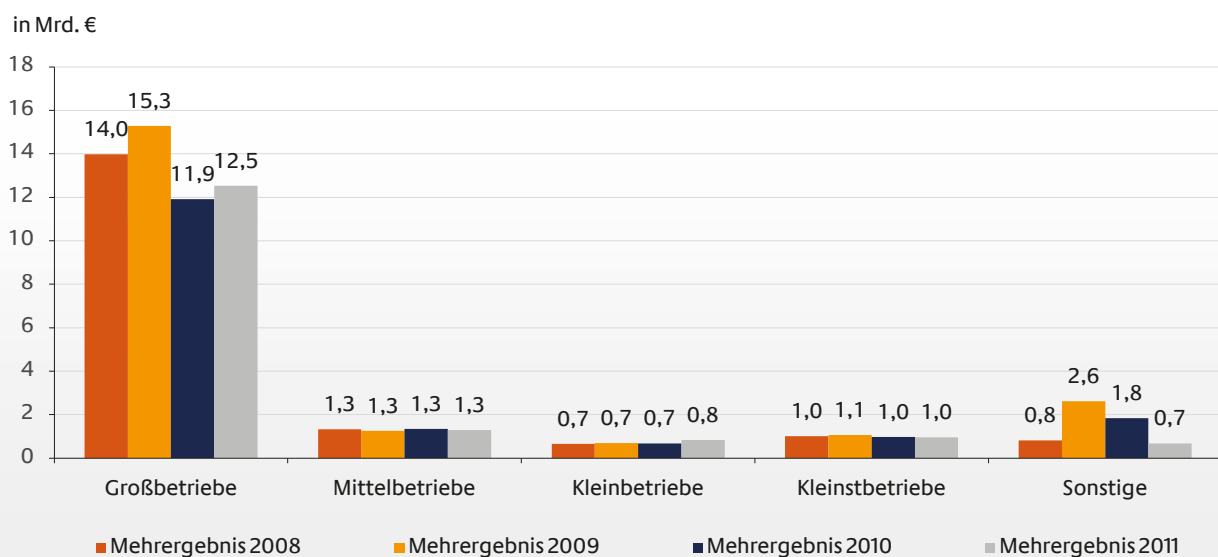
4 Prüferinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung

Im Jahr 2011 waren bundesweit 13 226 Prüfer in den Betriebsprüfungen der Länder im Einsatz. Sie erzielten ein Mehrergebnis von 16,3 Mrd. € (2010: 16,8 Mrd. €, 2009: 20,9 Mrd. €, 2008: 17,8 Mrd. €), dies sind durchschnittlich 1,23 Mio. € pro Prüfer. Auf die Prüfung der Großbetriebe entfiel ein Mehrergebnis von 12,5 Mrd. €, dies sind im

Durchschnitt 299 943 € je geprüftem Betrieb. Die Prüfung der Kleinbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von knapp 1,0 Mrd. € bzw. 20 930 € je geprüftem Betrieb (vergleiche Abbildung 1).

Nach einem erheblichen Rückgang des Mehrergebnisses bei der Prüfung von Großbetrieben im Jahr 2010 (- 22,1% im Vergleich zum Jahr 2009) hat sich das Mehrergebnis im Jahr 2011 nunmehr wieder leicht erhöht (+ 5,1% im Vergleich zum Jahr 2010). Steigerungen im Mehrergebnis nach Steuerarten waren in dieser Größenklasse insbesondere bei der Körperschaftsteuer (+ 9,2% beziehungsweise 0,3 Mrd. €) und der Umsatzsteuer (+ 18,5% beziehungsweise 0,2 Mrd. €) zu verzeichnen, während sich das

Abbildung 1: Mehrergebnis nach Größenklassen im Vierjahresvergleich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

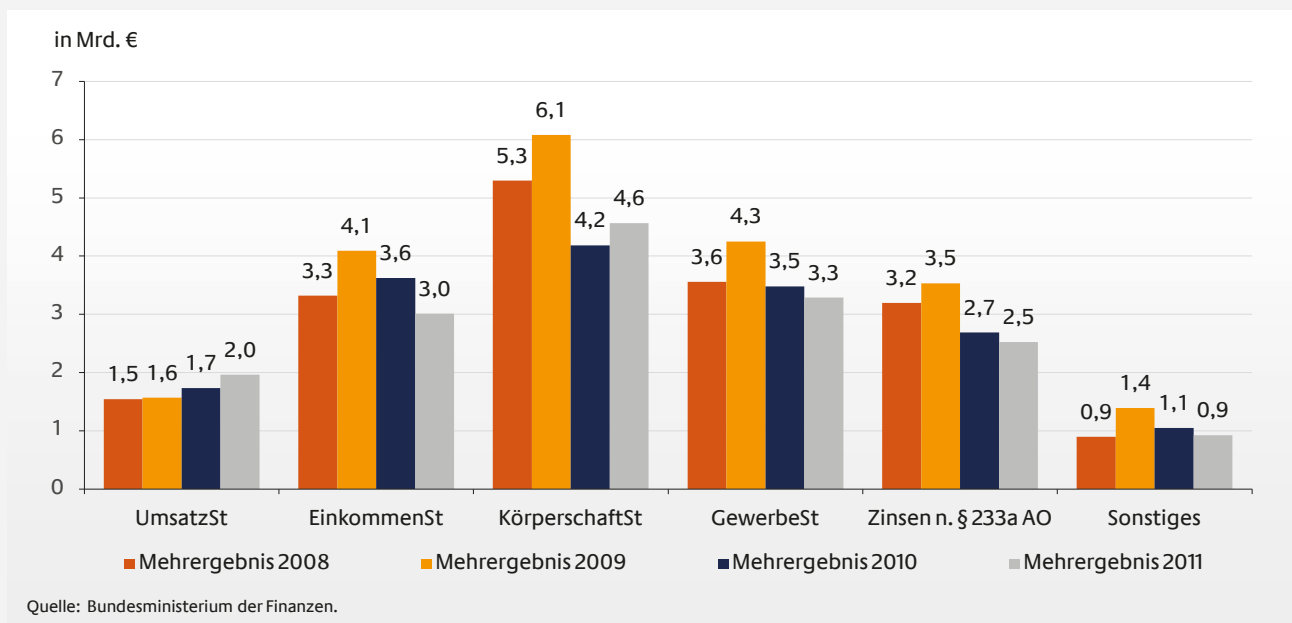
BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2011

Mehrergebnis der Gewerbesteuer weiterhin negativ entwickelte (- 5,2% beziehungsweise 0,15 Mrd. €).

Neben den vorgenannten Steuerarten haben die Einkommensteuer und die Zinsen nach § 233a AO einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (Abbildung 2). Allerdings zeigt sich bei den Zinsen eine rückläufige Tendenz. Wird das Ziel, Betriebsprüfungen zeitnäher durchzuführen, weiter umgesetzt, werden

auch die Zinsen nach § 233a AO dauerhaft sinken. Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

Abbildung 2: Mehrergebnis nach Steuerarten im Vierjahresvergleich



Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. November 2012 in Mexiko-Stadt

- Die G20 bezeichnete die Rückgewinnung des Vertrauens als wichtigste Aufgabe der globalen Wirtschaftspolitik. Dafür sind Konsequenz, Stetigkeit und Verlässlichkeit in der Umsetzung von Reformen und Vereinbarungen essenziell.
- Die bisherigen Fortschritte in der Umsetzung der im „Los Cabos Action Plan“ vereinbarten Politikmaßnahmen wurden von der G20 gewürdigt.
- Im Bereich der Finanzmarktregulierung konnten mit Entscheidungen zur Regulierung national systemrelevanter Banken und des Schattenbankensektors wichtige Fortschritte hin zu einem weltweit konsistenteren und stabileren Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte erzielt werden.
- Die G20 bekannte sich erneut zu der vollständigen Umsetzung der im Jahr 2010 beschlossenen Quoten- und Governance-Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF). Außerdem bekräftigte sie das Ziel, die Überprüfung der IWF-Quotenformel pünktlich bis zum Januar 2013 abzuschließen.

1	Einleitung	34
2	Lage der Weltwirtschaft und „Framework for Growth“	35
3	Finanzmarktregulierung.....	35
4	Stärkung der internationalen Finanzarchitektur	36
5	Weitere Themen	36

1 Einleitung

Vom 4. bis 5. November fand in Mexiko-Stadt das letzte Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure unter mexikanischer G20-Präsidentschaft statt. Themenschwerpunkte waren die Lage der Weltwirtschaft und die Finanzmarktregulierung. Außerdem standen die Umsetzung der Verpflichtungen im Rahmen des „Framework for Growth“, die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur, Energie- und Rohstofffragen sowie die Klimaschutzfinanzierung auf der Agenda. Neben Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang

Schäuble nahm Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann an dem Treffen teil.

Wesentliche Ergebnisse des Treffens waren die Annahme eines Rahmenwerkes für national systemrelevante Banken und erste Empfehlungen zur Regulierung des Schattenbankensektors. Außerdem wurden weitere Schritte zur Erhöhung der Transparenz auf den Rohstoffmärkten sowie zur Behandlung der Klimaschutzfinanzierung innerhalb des G20-Rahmens erreicht. Mit dem Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure endet die G20-Präsidentschaft Mexikos. Ab Dezember 2012 übernimmt Russland für ein Jahr die G20-Präsidentschaft.

TREFFEN DER G20-FINANZMINISTER UND -NOTENBANKGOUVERNEURE AM 4. UND 5. NOVEMBER 2012 IN MEXIKO-STADT

2 Lage der Weltwirtschaft und „Framework for Growth“

In seinem aktuellen „World Economic Outlook“ hat der IWF steigende Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft diagnostiziert. Neben bestehenden Schwierigkeiten im Euroraum begründet der Fonds dies mit großen fiskalpolitischen Unsicherheiten in den USA und Japan sowie einer sich abschwächenden Dynamik in den Schwellenländern. Vor diesem Hintergrund bezeichneten es die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexiko-Stadt als die wichtigste Aufgabe, Risiken zu minimieren und Vertrauen zurückzugewinnen. Dafür sei unter anderem eine vollständige Umsetzung zugesagter Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen entscheidend.

In ihrer Abschlusserklärung würdigten die Finanzminister und Notenbankgouverneure die bisherigen Fortschritte bei der Umsetzung der auf dem G20-Gipfel im Juni im „Los Cabos Action Plan“ vereinbarten Politikmaßnahmen. Wesentliche Erfolge hätte es dabei in Europa gegeben, vor allem durch das Inkrafttreten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Vereinbarung zur Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht, die fortschreitende Implementierung des „Pakts für Wachstum und Beschäftigung“ sowie Reform- und Konsolidierungsfortschritte in vielen europäischen Staaten. Die EU müsse auf diesem Pfad durch die Umsetzung weiterer Struktur-, Fiskal und Finanzreformen entschlossen weiter voranschreiten, um Wettbewerbsfähigkeit und Finanzstabilität zu stärken.

Erfreulich aus deutscher Sicht ist der Konsens unter den G20-Staaten, dass die Fiskalkonsolidierung und die Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen weiterhin als gemeinsame internationale Aufgabe von hoher Priorität gilt, insbesondere – wie ebenfalls vom IWF diagnostiziert und angemahnt – für die Industrieländer außerhalb Europas. Explizit von der G20 genannt wurden die USA, wo es neben der kurzfristigen Vermeidung des

sogenannten Fiscal Cliff darauf ankommt, eine langfristig stabile Entwicklung der öffentlichen Finanzen zu sichern. Auch mahnten die Finanzminister und Notenbankgouverneure weitere Konsolidierungsschritte in Japan an. Maßgeblich von Deutschland gefördert wurde darüber hinaus das Vorhaben, bis zum nächsten G20-Gipfel in Sankt Petersburg im September 2013 für die geltenden Toronto-Ziele zur Haushaltskonsolidierung anspruchsvolle Anschlussziele über das Jahr 2016 hinaus zu vereinbaren. Dies wird nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums zur Vertrauensbildung beitragen und die Entwicklung der Weltwirtschaft positiv beeinflussen.

Schließlich bekannte sich die G20 erneut zu weiteren notwendigen Fortschritten bei der Schaffung eines ausgeglichenen Wachstums der Weltwirtschaft. Ein wesentlicher Punkt sei hier die Schaffung marktbasierter Wechselkursysteme und der Verzicht auf gezielte Währungsabwertungen. Zentral für Wachstum und Beschäftigung seien darüber hinaus ambitionierte Strukturreformen. Erfreulich sind in diesem Zusammenhang die in Mexiko-Stadt erörterten Fortschritte bei der Stärkung der Verbindlichkeit der im „Los Cabos Action Plan“ vereinbarten Maßnahmen, denn die tatsächliche Umsetzung der vereinbarten Reformen dürfte einen wesentlichen Beitrag zur Förderung eines starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Wachstums leisten.

3 Finanzmarktregulierung

Im Bereich der Finanzmarktregulierungen standen in Mexiko-Stadt die Entscheidungen zur Regulierung national systemrelevanter Banken (D-SIBs) und des Schattenbankensektors im Vordergrund. Damit wurden weitere Fortschritte hin zu einem weltweit konsistenteren und stabileren Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte gemacht.

Die Annahme des vom Baseler Ausschuss entwickelten Rahmenwerks für D-SIBs fügt

Analysen und Berichte

TREFFEN DER G20-FINANZMINISTER UND -NOTENBANKGOUVERNEURE AM 4. UND 5. NOVEMBER 2012 IN MEXIKO-STADT

den Bemühungen zur Lösung des Problems der Systemrelevanz eine weitere wichtige Ebene hinzu. Der Beschluss ergänzt die in den vergangenen Jahren erreichte Regulierung global systemrelevanter Banken um die nationale Dimension.

Mit der Vorlage erster Empfehlungen zur Regulierung des Schattenbankensystems ist in Mexiko-Stadt auch ein wichtiger Schritt in diesem bisher noch zu wenig regulierten Teil des Finanzsystems gelungen. Konkret hat das Financial Stability Board (FSB) unter anderem eine strengere Regulierung von Geldmarktfonds mit festen Anteilswerten (C-NAV-Fonds) vorgeschlagen. Weitere Regulierungsvorschläge für den Schattenbankensektor sollen in den nächsten Monaten folgen. Aus Sicht der Bundesregierung sind konkrete und verbindliche Vorschläge wichtig, die auch die von Hedgefonds ausgehenden Risiken im Blick behalten. Die Gesamtvorschläge sollen bis zum G20-Gipfel 2013 in Sankt Petersburg vorliegen.

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure betonten erneut die Notwendigkeit, die Finanzmarktagenda vollständig, pünktlich und konsistent zu implementieren. Dies betreffe vor allem die Umsetzung von Basel III sowie der Reformen im Bereich der OTC (Over-the-counter)-Derivate.

4 Stärkung der internationalen Finanzarchitektur

Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure bekannten sich erneut zu der vollständigen Umsetzung der im Jahr 2010 beschlossenen Quoten- und Governance-Reform des IWF. Da die Umsetzung der Reform in wichtigen Mitgliedstaaten des IWF noch nicht erfolgt ist (u. a. in den USA), konnte die Reform nicht wie geplant im Oktober 2012 in Kraft treten. Deutschland hat die Quoten- und Governance-Reform fristgerecht im Mai 2012 ratifiziert. In ihrer Abschlusserklärung

forderten die Finanzminister und Notenbankgouverneure die entsprechenden Länder auf, die Reform so bald wie möglich zu ratifizieren. Außerdem bekräftigten sie das Ziel, die Überprüfung der IWF-Quotenformel pünktlich bis zum Januar 2013 abzuschließen.

5 Weitere Themen

Ein weiteres wichtiges Thema des Treffens war die Erhöhung von Transparenz auf den Rohstoffmärkten. In Mexiko-Stadt wurden Vorschläge für mehr Transparenz speziell auf den Gas- und Kohlemärkten vorgelegt, die bis Mitte 2013 zu konkreten Maßnahmen weiterentwickelt werden sollen. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Erweiterung der Informationsdatenbank „JODI (Joint Organizations Data Initiative) Oil“ auf die Gas- und Kohlemärkte ist darüber hinaus eine wichtige Maßnahme, um die Datenlage über Produktion, Konsum, Handel und Lagerbestände zu verbessern. Schließlich wurde den Finanzministern und Notenbankgouverneuren ein Bericht der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) vorgelegt, der Vorschläge für eine transparentere Arbeit und bessere Aufsicht von „Price Reporting Agencies“ beinhaltet. Eine vertiefte Analyse dieser Vorschläge und erste Implementierungsschritte sind für das Jahr 2013 vorgesehen.

Erfreulich ist, dass unter der mexikanischen Präsidentschaft die internationalen Diskussionen um die Klimaschutzfinanzierung in der G20 verstärkt wurden. Die in diesem Jahr eingerichtete „Study Group“ zur Klimaschutzfinanzierung hat in Mexiko-Stadt einen Fortschrittsbericht vorgelegt und weitere Arbeiten zu diesem Thema vorgeschlagen. Danach soll unter anderem der Erfahrungsaustausch innerhalb der G20 sowie mit anderen Akteuren, z. B. dem Privatsektor, intensiviert werden. Deutschland unterstützt eine weitere Behandlung der G20 mit diesem Thema, auch über die aktuelle Präsidentschaft hinaus. Wichtig ist dabei insbesondere,

Analysen und Berichte

TREFFEN DER G20-FINANZMINISTER UND -NOTENBANKGOUVERNEURE AM 4. UND 5. NOVEMBER 2012 IN MEXIKO-STADT

dass die Finanzierungsmöglichkeiten des Privatsektors verstärkt genutzt werden und dass eine faire internationale Lastenteilung erreicht wird.

Zu den weiteren Themen in Mexiko-Stadt gehörten darüber hinaus die Stärkung lokaler Anleihemärkte in heimischer Währung („Local Currency Bond Markets“) sowie die Förderung des Zugangs unterprivilegierter Bevölkerungsschichten zu Finanzdienstleistungen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern („Financial Inclusion“).

Schließlich stand auch die internationale Kooperation in Steuerfragen auf der Agenda. Die Fortschritte im Rahmen des „Global Forum on Transparency and Exchange of Information“ der OECD wurden gelobt. Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure forderten alle Länder auf, den verbesserten OECD-Standard für Transparenz und effektiven

Informationsaustausch in Steuersachen bei Gruppenanfragen anzuwenden. Darüber hinaus begrüßten die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure ein von Deutschland nachdrücklich unterstütztes Projekt der OECD, das die komplexen Ursachen der zu beobachtenden Reduktion der steuerlichen Bemessungsgrundlagen und der Gewinnverlagerungen multinationaler Unternehmen analysieren soll. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse sollen Vorschläge für international abgestimmte steuerliche Vereinbarungen erarbeitet werden.

Am 1. Dezember 2012 übernahm Russland die G20-Präsidentschaft. Das erste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird voraussichtlich im Februar 2013 in Moskau stattfinden. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich zum nächsten G20-Gipfel am 5. und 6. September 2013 in Sankt Petersburg.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Aktivität schwächte sich zu Beginn des 4. Quartals weiter ab. Auch die außenwirtschaftliche Dynamik hat an Kraft verloren.
- Der Arbeitsmarkt ist zwar insgesamt noch robust. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg jedoch leicht an, während die Erwerbstätigenzahl nahezu stagnierte.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im November das Vorjahresniveau um 1,9 % und blieb damit unter der Zwei-Prozent-Marke.

Die aktuellen Konjunkturdaten signalisieren einen ungünstigen Einstieg der deutschen Wirtschaft in das Schlussquartal 2012. So zeigt die Industrieproduktion einen klaren Abwärtstrend, und die Exporttätigkeit hat inzwischen deutlich an Dynamik verloren. Die Abwärtstendenz der vorlaufenden Stimmungsindikatoren beziehungsweise deren niedriges Niveau deuten auf eine konjunkturelle Abkühlung im Winterhalbjahr hin, die das für das Jahr 2013 zu erwartende Wirtschaftswachstum dämpfen wird. Für eine nur temporäre Schwächephase spricht beispielsweise, dass die ifo Geschäftserwartungen für im konjunkturell besonders bedeutsamen Verarbeitenden Gewerbe sich bereits zum dritten Mal in Folge verbessert haben. Darüber hinaus stiegen die ZEW-Konjunkturerwartungen im Dezember überraschend kräftig an und liegen nun erstmals seit Mai dieses Jahres wieder knapp im positiven Bereich. Damit bestehen gute Chancen, dass nach der „Konjunkturdelle“ im Winterhalbjahr die wirtschaftlichen Auftriebskräfte wieder stärker werden.

Im bisherigen Jahresverlauf hatte sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität bereits deutlich verlangsamt. So wurde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 3. Quartal in preis-, kalender- und saisonbereinigter Betrachtung nur noch um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet, nach entsprechenden Wachstumsraten von 0,5 %

beziehungsweise 0,3 % in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres. Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Detailergebnisse für das 3. Quartal zeigen, dass die Wachstumsimpulse im Vorquartalsvergleich hauptsächlich von den Nettoexporten kamen (+ 0,3 Prozentpunkte). Zwar fiel der Anstieg der realen Exporte höher aus als der der Importe. Dennoch wurden die realen Ausfuhren im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal in deutlich geringerem Maße gesteigert als noch in den Frühjahrsmonaten. Belastend wirkte dabei vor allem die nachlassende Nachfrage aus den Ländern des Euroraums. Die Abschwächung der Exportdynamik trug zugleich zu einem weiteren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen bei. Zugleich fand ein spürbarer Abbau von Lagerbeständen statt. Dagegen stiegen der Konsum der privaten Haushalte sowie der des Staates deutlich an. Auch die Investitionen in Bauten wurden – insbesondere durch die Ausweitung von Wohnbauten – wesentlich erhöht.

Im Oktober wurden die nominalen Warenexporte gegenüber dem Vormonat nur leicht ausgeweitet (saisonbereinigt + 0,3 % gegenüber September). Da die Exporte im September merklich zurückgegangen waren, sind die Warenausfuhren im Zweimonatsvergleich nunmehr (September/Oktober gegenüber Juli/August) zum ersten Mal seit neun Monaten abwärtsgerichtet (- 1,2 % gegenüber Vorperiode). Kumuliert

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

über den Zeitraum Januar bis Oktober 2012 lag das nominale Ausfuhrergebnis um 4,8 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Impulse für die Außenhandelstätigkeit kamen dabei überwiegend aus dem Handel mit Drittländern (+ 10,9 %). Währenddessen gingen die Ausfuhren in den Euroraum merklich zurück (- 1,2 %).

Die nominalen Warenimporte nahmen im Oktober spürbar zu (saisonbereinigt + 2,5 % gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsvergleich sind die Wareneinfuhren aufgrund des Rückgangs im Vormonat jedoch lediglich seitwärtsgerichtet. Von Januar bis Oktober dieses Jahres lagen die Einfuhren insgesamt um 1,7 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei fiel die Steigerung der Importe aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+ 2,5 %) etwas höher aus als die Ausweitung der Wareneinfuhren aus anderen Regionen (Euroraum: + 1,4 %, Drittländer: + 1,7 %).

Der Handelsbilanzüberschuss überschritt im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 den Vorjahresstand um 29,1 Mrd. €. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Leistungsbilanzüberschuss (nach Ursprungswerten) um 23,7 Mrd. €.

Insgesamt deuten die vorlaufenden Indikatoren darauf hin, dass vorübergehend mit einer schwachen Exporttätigkeit zu rechnen sein dürfte. So spiegelt sich die Schwäche der Nachfrage nach deutschen Exportgütern u. a. in einem Abwärtstrend des OECD Leading Indicator für Deutschland wider. Auch mit Blick auf die Abwärtsrevision der Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für das globale Wachstum und den Welthandel für dieses und das nächste Jahr sowie die deutliche Senkung der Prognose der Europäischen Kommission zum BIP-Anstieg im Euroraum (2013 von + 1,0 % auf + 0,1 %) ist insgesamt zunächst mit einer geringen Exportdynamik zu rechnen. Die ausländischen Auftragseingänge zeigen im Mehrmonatsvergleich eine Seitwärtsbewegung. Dabei belastet

insbesondere die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum, in den knapp 40 % der deutschen Exporte gehen, die Ausfuhrtätigkeit deutscher Unternehmen spürbar. So gingen die Auftragseingänge aus dem Euroraum im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt um 6,0 % zurück. Die jüngste Verbesserung der ifo Exporterwartungen sowie der Anstieg des ausländischen Bestellvolumens im Oktober stützen jedoch die Einschätzung, dass die Abschwächung der Exportdynamik nur temporär sein dürfte.

Die nachlassenden Impulse aus der Exporttätigkeit haben sich inzwischen in einer deutlichen Abnahme der industriellen Aktivität niedergeschlagen. Dabei macht sich die Unsicherheit hinsichtlich der Absatzperspektiven zunehmend auch in der Binnenwirtschaft bemerkbar. Mit dem schlechten Einstieg in das Schlussquartal 2012 setzte sich der Abwärtstrend der industriellen Erzeugung fort. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem im Oktober rückläufigen Einkaufsmanagerindex und der zugleich beobachteten deutlichen Verschlechterung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Umfrage). Die erneut markante Verringerung der Produktion von Investitionsgütern im Oktober (saisonbereinigt - 4,3 % gegenüber dem Vormonat) signalisiert auch für das 4. Quartal eine schwache Investitionstätigkeit. Angesichts der tendenziell rückläufigen Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern dürfte dieser Trend vorerst anhalten. Auch der inländische industrielle Umsatz verzeichnete im Oktober ein weiteres Minus, während die Auslandsumsätze stagnierten. Im Zweimonatsdurchschnitt ist die Umsatzentwicklung sowohl im Inland als auch im Ausland stark abwärtsgerichtet.

Zuletzt hat die Nachfrage nach deutschen Industriegütern jedoch wieder spürbar angezogen. So sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober in saisonbereinigter Betrachtung – bei nur unterdurchschnittlichem Umfang an Großaufträgen – deutlich angestiegen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2011		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 12	Okt 12	Nov 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+12	+19	+5	-7	+16	+38
Erwerbstätige, Inland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	41,16	+1,4	-8	+2	.	+322	+279	.
	28,38	+2,4	-2	.	.	+407	.	.

Preisindizes 2005 = 100	2011		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 12	Okt 12	Nov 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12
Importpreise	117,0	+8,0	-0,7	-0,6	.	+1,8	+1,5	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,3	+0,0	.	+1,7	+1,5	.
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,0	+0,0	-0,1	+2,0	+2,0	+1,9

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12
Klima	+11,9	+6,1	+3,0	-0,8	-2,5	-4,3	-7,0	-4,2
Geschäftslage	+22,7	+14,6	+15,9	+11,5	+10,8	+9,1	+3,5	+5,0
Geschäftserwartungen	+1,6	-2,1	-9,1	-12,3	-15,0	-16,9	-16,9	-13,0

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Dies kam vor allem aus der Zunahme von Auslandsbestellungen. Die Inlandsordern verzeichneten hingegen nur ein leichtes Plus. Im Zweimonatsvergleich ist der Auftragseingang insgesamt weiterhin abwärtsgerichtet, wobei die Auslandsbestellungen stützend wirken, während die Inlandsbestellungen deutlich rückläufig sind.

Mit dem jüngsten Anstieg des industriellen Bestellvolumens zeichnet sich noch keine Trendwende zum Besseren ab. Die Abwärtsbewegung der Auftragseingänge hat sich nur leicht abgeschwächt. Zusammen mit dem niedrigen Niveau der ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe spricht dies insgesamt für eine vorerst noch verhaltene Industrieproduktion. Auch der Abwärtstrend bei der Herstellung von Vorleistungsgütern, der als weiterer vorlaufender Indikator für die zukünftige

Produktion betrachtet werden kann, deutet in diese Richtung. Allerdings waren die Einschätzungen der Unternehmen hinsichtlich ihrer Geschäftsperspektiven für die nächsten sechs Monate laut ifo Umfrage zuletzt den dritten Monat in Folge weniger pessimistisch. Darüber hinaus stiegen die ZEW-Konjunkturerwartungen, insbesondere für die Branchen Fahrzeuge, Maschinen sowie Stahl und Nichteisenmetalle zuletzt sehr deutlich an. Zusammengenommen könnte dies auf eine allmähliche Erholung der industriellen Aktivität im Verlaufe des nächsten Jahres hindeuten.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe hat im Oktober einen kräftigen Dämpfer bekommen und blieb deutlich hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück. Auch im Zweimonatsvergleich zeigt sich damit eine Abwärtsbewegung. Die vorlaufenden Indikatoren zeichnen für die weitere

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Entwicklung im Bauhauptgewerbe ein gemischtes Bild: So sind sowohl die Baugenehmigungen im Hochbau als auch der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in der Verlaufsbeurteilung rückläufig. Die Geschäftserwartungen für den Bausektor sind laut ifo Umfrage jedoch im Dezember den dritten Monat in Folge angestiegen.

Die Stimmungsindikatoren, aus denen sich die voraussichtliche Entwicklung des privaten Konsums ableiten lässt, deuten insgesamt auf eine weitere Entfaltung dieses Verwendungsaggregats im Schlussquartal dieses Jahres hin. Die Zunahme der Privaten Konsumausgaben könnte sich jedoch etwas abflachen. So stellt sich die Verbraucherstimmung im bisherigen Verlauf des Schlussquartals zwar insgesamt als gut dar. Allerdings weisen die Einkommenserwartungen und die Anschaffungsneigung am aktuellen Rand leichte Verluste auf. Das Niveau beider Indikatoren ist jedoch weiterhin sehr hoch. Sie werden gestützt durch das hohe Beschäftigungsniveau, das zu spürbaren Einkommensverbesserungen beitrug. Aufgrund des Beschäftigungsaufbaus und im Zuge von Tariflohnerhöhungen stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im 1. bis 3. Quartal dieses Jahres um insgesamt 3,9 % gegenüber dem Vorjahr an. Bei den Nettolöhnen und -gehältern war eine Zunahme um 3,5 % zu verzeichnen. Bei weiterhin gemäßigttem Preisklima haben sich damit weitere Spielräume für den privaten Konsum eröffnet. Das sehr niedrige Zinsniveau, das die Sparneigung dämpft, hält die Verbraucher ebenfalls in Kauflaune. Die Verunsicherung der Konsumenten hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung ist jedoch weiterhin sehr hoch. Dies dürfte – zusammen mit den bereits erkennbaren Auswirkungen der konjunkturellen Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt – die Konsumneigung belasten. Ein Anzeichen könnte bereits der deutliche Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeuge) zu Beginn des Schlussquartals sein.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer profitieren weiterhin von der insgesamt noch guten Beschäftigungssituation und der Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter. So stieg das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) im Zeitraum Januar bis November 2012 um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr an.

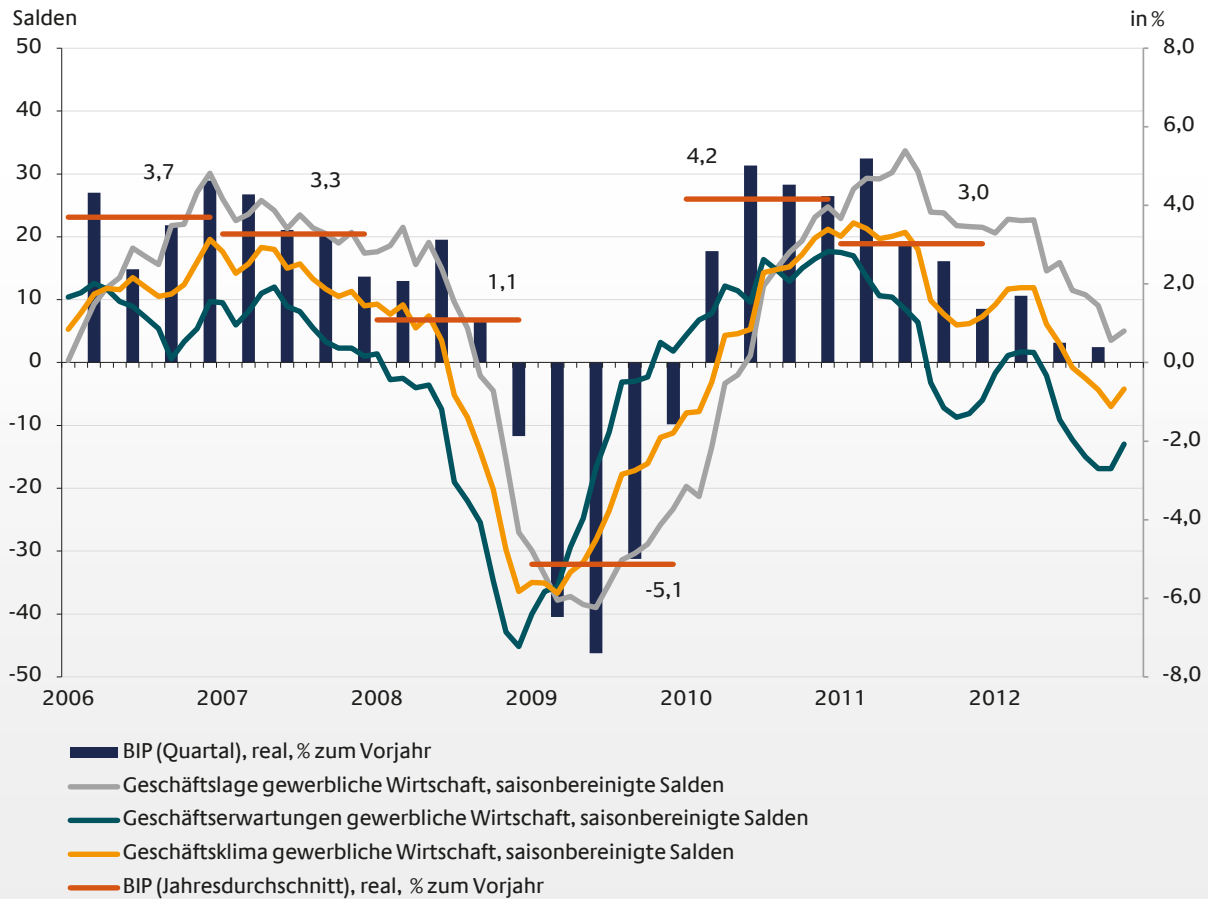
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als robust. Die Auswirkungen der nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Aktivität sind jedoch zu spüren. Die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stagniert inzwischen in der Verlaufsbeurteilung auf hohem Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zuwächse allerdings immer noch sehr hoch. Das Beschäftigungsplus gegenüber dem Vorjahr hat sich jedoch deutlich verringert. So stieg die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) nach Ursprungswerten im Oktober um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr auf ein Niveau von 41,94 Millionen Personen an. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im September 2012 gegenüber September 2011 – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – um 1,4 % zu. Dabei verzeichneten der Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen (+ 4,2 %) und das Verarbeitende Gewerbe (+ 1,4 %) das größte Plus. Damit erweist sich der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe im Vorjahresvergleich noch als stabil. Sehr deutlich reagiert jedoch der Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen auf das nachlassende Wachstumstempo. Hier beschleunigte sich der Beschäftigungsrückgang.

Die Unternehmen versuchen derzeit die Auswirkungen der wirtschaftlichen Abschwächung über einen Abbau von Beschäftigten in Zeitarbeit, die Reduzierung von Überstunden und die Rückführung von Arbeitszeitkonten abzufedern. So hat sich beispielsweise die Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahresverlauf – insbesondere im

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

Verarbeitenden Gewerbe – merklich verringert und liegt nun auf dem niedrigsten Niveau seit dem 1. Quartal 2010. Dabei wird das Instrument der Kurzarbeit derzeit jedoch in vergleichsweise normaler Größenordnung genutzt.

Die Zahl der arbeitslosen Personen erhöhte sich im November in saisonbereinigter Betrachtung leicht um 5 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Zunahme fiel damit deutlich geringer aus als in den vier vorangegangenen Monaten. Dabei verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zuletzt in Westdeutschland (+ 8 000 Personen) ungünstiger als in Ostdeutschland (- 3 000 Personen). Nach Ursprungswerten betrug die Zahl der arbeitslosen Personen im November

2,75 Millionen. Das Vorjahresniveau wurde den zweiten Monat in Folge überschritten. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,5 % leicht unter der Quote von November 2011.

Die Unsicherheit der Unternehmen hinsichtlich ihrer Absatzperspektiven und die damit in Zusammenhang stehende temporäre Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität drückt sich inzwischen auch in der Entwicklung des Stellenindex der BA aus, der tendenziell eine rückläufige Arbeitskräftenachfrage anzeigt. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer ist in der Grundtendenz abwärtsgerichtet, wenngleich die Unternehmen zuletzt etwas weniger pessimistisch hinsichtlich der Neueinstellungen waren.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die Preisniveauentwicklung in Deutschland verläuft in ruhigen Bahnen. So überschritt der Verbraucherpreisindex im November das Vorjahresniveau um 1,9% und blieb damit erstmals seit Juli dieses Jahres wieder unter der Zwei-Prozent-Marke. Dabei wirkte die Entwicklung der Preise für Mineralölprodukte für sich genommen entlastend. So verteuerten

sich leichtes Heizöl und Kraftstoffe wesentlich weniger als in den Vormonaten. Jedoch wird die Inflationsrate zunehmend durch einen Anstieg des Preisniveaus für Nahrungsmittel bestimmt. Der Aufwärtstrend bei den Import- und Erzeugerpreisen hat sich weiter abgeflacht.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM NOVEMBER 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2012 im Vorjahresvergleich nur noch um 0,5 % gestiegen. Einen etwas größeren Zuwachs haben die Ländersteuern mit 3,8 % zu verzeichnen, wenngleich der Beitrag zum Wachstum des gesamten Steueraufkommens allerdings weniger als 0,1 Mrd. € betrug. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresergebnis lediglich um 0,9 % (0,2 Mrd. €). Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stagnierte (+ 0,2 % beziehungsweise 0,1 Mrd. €). Im Zeitraum Januar bis November 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 5,0 %.

Lediglich aufgrund niedrigerer EU-Abführungen war der Anstieg der Einnahmen des Bundes nach Bundesergänzungszuweisungen im November mit 2,8 % höher als bei den Ländern (1,2 %). Kumuliert ergibt sich im Zeitraum Januar bis November weiterhin ein Plus beim Bund von 4,2 % und bei den Ländern von 5,5 %.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer entwickelten sich auch im November 2012 erfreulich günstig (7,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats). Der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) war im Berichtsmonat mit 6,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum wieder deutlich höher als im vergangenen Monat. Dabei war der Aufkommenszuwachs von Lohnsteigerungen und der immer noch guten Beschäftigungslage geprägt. Das Volumen der Kindergeldzahlungen übertraf das Vorjahresniveau um 1,4 %. Im Zeitraum Januar bis November 2012 ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 6,7 % zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer blieben mit - 0,6 Mrd. €

nahezu unverändert. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur leicht um 0,1 Mrd. €. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um 6,6 % zu. Im Zeitraum Januar bis November 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 20,2 %.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet bei den Kasseneinnahmen im November einen erheblichen Rückgang um 0,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresmonat auf nunmehr - 0,6 Mrd. €. Hierzu trugen vor allem Erstattungen und Nachzahlungen für weiter zurückliegende Jahre (insbesondere aus Betriebsprüfungen) bei. Trotz der Mindereinnahmen im aktuellen Monat ist das Kassenergebnis im gesamten Zeitraum Januar bis November 2012 immer noch deutlich von 9,3 Mrd. € auf 11,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im November 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,5 Mrd. € auf jetzt 0,3 Mrd. € um mehr als ein Drittel verringert. Auch das Bruttoaufkommen blieb um 8,2 % unter dem Vorjahresniveau. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 67,4 %. Im Zeitraum Januar bis November 2012 stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag insgesamt um 11,9 % auf nunmehr 18,5 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ging gegenüber dem Vorjahresmonatsniveau um 3,1 % zurück. Im Zeitraum Januar bis November 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres insgesamt jedoch um 2,1 % übertroffen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM NOVEMBER 2012

 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11 320	+7,8	129 493	+6,7	148 850	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	- 624	X	26 528	+20,2	36 800	+15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	292	-36,9	18 484	+11,9	19 820	+9,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	551	-3,1	7 672	+2,1	8 176	+1,9
Körperschaftsteuer	- 607	X	11 229	+20,4	18 430	+17,9
Steuern vom Umsatz	17 367	+1,1	177 505	+2,1	195 500	+2,9
Gewerbesteuerumlage	203	+22,9	2 989	+3,7	3 821	+4,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	55	-11,1	2 540	+1,6	3 248	+0,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 557	+0,2	376 439	+5,7	434 645	+5,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 257	-7,6	30 924	-2,2	39 900	-0,3
Tabaksteuer	1 408	+11,4	12 305	+0,2	14 330	-0,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	167	-2,7	1 902	-2,3	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	764	+6,8	10 639	+3,6	11 100	+3,2
Stromsteuer	561	-0,2	6 399	-4,2	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	637	+0,4	7 902	+1,2	8 460	+0,4
Luftverkehrssteuer	88	-10,5	868	+7,0	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	152	X	1 577	+123,8	1 550	+68,0
Solidaritätszuschlag	661	-0,5	11 512	+7,2	13 550	+6,0
übrige Bundessteuern	135	+8,9	1 378	+1,3	1 523	+1,4
Bundessteuern insgesamt	7 831	+0,9	85 407	+1,4	100 413	+1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	346	-0,6	3 990	+0,6	4 235	-0,3
Grunderwerbsteuer	649	+7,1	6 784	+18,1	7 460	+17,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	118	-3,4	1 313	-0,1	1 424	+0,2
Biersteuer	56	+5,2	644	-0,7	699	-0,4
Sonstige Ländersteuern	20	+28,5	344	+5,4	382	+5,7
Ländersteuern insgesamt	1 189	+3,8	13 074	+9,0	14 200	+8,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	404	+1,4	4 116	-2,0	4 550	-0,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	97	-55,3	1 819	+5,9	2 070	+9,5
BSP-Eigenmittel	958	-35,5	17 821	+5,6	21 490	+19,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 458	-30,5	23 756	+4,2	28 110	+14,9
Bund³	18 396	+2,8	220 248	+4,2	256 189	+3,3
Länder³	16 109	+1,2	207 166	+5,5	236 778	+5,6
EU	1 458	-30,5	23 756	+4,2	28 110	+14,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 017	+6,9	27 867	+7,7	32 731	+7,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	37 980	+0,5	479 036	+5,0	553 808	+5,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2012.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM NOVEMBER 2012

Die Steuern vom Umsatz nahmen im Berichtsmonat November 2012 mit 1,1% gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Dabei stieg das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich um 0,6%. Die (Binnen-)Umsatzsteuer verzeichnet einen Zuwachs um 1,2%. Im gesamten Zeitraum Januar bis November 2012 ergaben sich bei den Steuern vom Umsatz insgesamt Mehreinnahmen von 2,1%.

Bei den reinen Bundessteuern konnte im November 2012 das Vorjahresergebnis insgesamt nur unwesentlich übertroffen werden (+ 0,9%). Hierbei glichen sich die Mehr- beziehungsweise Mindereinnahmen der einzelnen Steuerarten in etwa aus. Während die Tabaksteuer (+ 11,4%), die Versicherungsteuer (+ 6,8%), die Kraftfahrzeugsteuer (+ 0,4%) und die Kaffeesteuer (+ 22,2%) Zuwächse verzeichneten, mussten die Energiesteuer (- 7,6%), der Solidaritätszuschlag (- 0,5%), die Stromsteuer (- 0,2%) und die Luftverkehrsteuer (- 10,5%) Aufkommenseinbußen hinnehmen. Der Rückgang bei der Energiesteuer wurde durch die Einbußen bei der

Besteuerung von Kraftstoffen verursacht – diese unterschritt das Vorjahresniveau um 8,6%. Auch die Energiesteuer auf Heizöl verzeichnete einen Rückgang um 12,6%, während die Energiesteuer auf Erdgas Mehreinnahmen von 8,7% verbuchte. Bei der Kernbrennstoffsteuer gingen im Berichtsmonat rund 152 Mio. € ein; kumuliert liegen die Einnahmen hier bei 1,6 Mrd. €. Für die Monate Januar bis November 2012 ergibt sich bei den Bundessteuern insgesamt ein Aufkommenszuwachs von 1,4%.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 3,8%. Hierzu trugen insbesondere die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+ 7,1%), bei der Feuerschutzsteuer (+ 15,2%) und der Biersteuer (+ 5,2%) bei. Die Erbschaftsteuer musste Einbußen von 0,6% hinnehmen und auch die Rennwett- und Lotteriesteuer konnte das Vorjahresniveau nicht halten (- 3,4%). Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis November 2012 im Vorjahresvergleich um 9,0%.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALT

Entwicklung des Bundeshaushalts

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich November 2012 auf 281,6 Mrd. €. Sie lagen um 8,1 Mrd. € (+ 3,0 %) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Wesentlich für die höheren Ausgaben gegenüber dem Vorjahresbetrag sind die Mehrausgaben bei der Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von 8,7 Mrd. €. Dem stehen Minderausgaben beim Arbeitsmarkt und bei den Zinsausgaben gegenüber.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich November mit 240,1 Mrd. € das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 6,5 Mrd. € (+ 2,8 %). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 219,7 Mrd. €.

Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 8,4 Mrd. € (+ 4,1 %) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 20,4 Mrd. € um 9,5 % unter dem Vergleichszeitraum.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende November - 41,4 Mrd. €. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und unter Berücksichtigung des erfahrungsgemäß aufkommensstarken Dezember-Ergebnisses ist zu erwarten, dass die Nettokreditaufnahme 25 Mrd. € unterschreiten wird. Trotz der großen finanziellen Belastung aus der langfristigen Stabilisierung des Euroraums (Aufbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Kapitalstärkung der Europäischen Investitionsbank, zusammen mehr als 10 Mrd. €) wird diese damit voraussichtlich noch deutlich unterhalb des Ansatzes des 2. Nachtragshaushalts (28,1 Mrd. €) liegen.


Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis November 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	311,6	281,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			3,0
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	283,1	240,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			2,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	256,2	219,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			4,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-28,5	-41,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-8,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-28,1	-32,7

¹Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

²Buchungsergebnisse.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2011		2012		Januar bis November 2011	Januar bis November 2012	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	65 521	21,0	48 167	58 327	+21,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 931	2,0	6 292	2,0	4 838	4 857	+0,4
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,2	28 297	29 887	+5,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 369	2,2	5 798	1,9	5 750	5 315	-7,6
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4 326	1,4	3 408	3 531	+3,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	13 965	15 405	+10,3
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 473	1 488	+1,0
Forschung und Entwicklung	9 361	3,2	10 083	3,2	7 772	8 239	+6,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	155 460	49,9	146 208	143 843	-1,6
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,3	76 441	77 509	+1,4
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 679	3 621	-36,2
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	30 175	29 018	-3,8
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19 370	6,2	17 873	17 630	-1,4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	4 900	1,6	4 487	4 457	-0,7
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	688	549	-20,2
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 712	1,6	4 904	1,6	4 390	4 524	+3,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1 641	1 434	-12,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	1 100	1 195	+8,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	1 669	1 745	+4,6
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	1 287	1 349	+4,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 372	1,7	4 662	4 103	-12,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	727	601	-17,3
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 349	1 179	-12,6
Gewährleistungen	797	0,3	1 200	0,4	664	550	-17,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	9 733	10 218	+5,0
Straßen (ohne GVFG)	6 115	2,1	6 126	2,0	4 826	4 839	+0,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 329	5,2	14 663	15 172	+3,5
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	4 463	4 591	+2,9
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4 037	1,4	4 016	1,3	3 513	3 525	+0,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	34 926	11,2	33 285	31 551	-5,2
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	32 339	30 542	-5,6
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	311 600	100,0	273 451	281 560	+3,0

¹Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

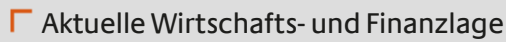
ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2011		2012		Januar bis November 2011	Januar bis November 2012	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	274 373	88,1	252 850	252 660	-0,1
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	26 393	26 586	+0,7
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,9	19 544	19 451	-0,5
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	6 849	7 135	+4,2
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	18 141	19 834	+9,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	1 278	1 113	-12,9
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	8 017	8 229	+2,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	8 846	10 492	+18,6
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	32 339	30 542	-5,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	61,1	175 553	175 256	-0,2
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	14 519	15 584	+7,3
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,4	161 167	159 733	-0,9
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,1	21 810	22 369	+2,6
Renten, Unterstüzungen u. a.	26 718	9,0	26 931	8,6	24 781	24 583	-0,8
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,5	109 751	106 966	-2,5
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	424	443	+4,5
Investive Ausgaben	25 378	8,6	37 469	12,0	20 602	28 900	+40,3
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	29 473	9,5	14 958	22 638	+51,3
Zuweisungen und Zuschüsse	14 589	4,9	15 315	4,9	12 055	12 136	+0,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	3 853	1,2	2 159	1 814	-16,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	10 304	3,3	744	8 687	+1.067,6
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	5 644	6 262	+10,9
Baumaßnahmen	5 814	2,0	6 519	2,1	4 717	5 330	+13,0
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	616	707	+14,8
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	311	224	-28,0
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	311 600	100,0	273 451	281 560	+3,0

¹Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unteryährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2011		2012		Januar bis November 2011	Januar bis November 2012	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
I. Steuern	248 066	89,1	256 156	90,5	211 069	219 708	+4,1
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	206 801	73,0	170 070	177 924	+4,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	101 592	35,9	75 665	82 708	+9,3
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	63 261	22,3	50 046	53 202	+6,3
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	15 609	5,5	9 384	11 276	+20,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 068	3,3	9 910	3,5	8 263	9 241	+11,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 597	1,3	3 307	3 376	+2,1
Körperschaftsteuer	7 817	2,8	9 215	3,3	4 665	5 614	+20,3
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 626	36,6	93 211	93 978	+0,8
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 583	0,6	1 193	1 238	+3,8
Energiesteuer	40 036	14,4	39 900	14,1	31 627	30 924	-2,2
Tabaksteuer	14 414	5,2	14 330	5,1	12 279	12 305	+0,2
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 550	4,8	10 734	11 512	+7,2
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 100	3,9	10 264	10 639	+3,7
Stromsteuer	7 247	2,6	6 920	2,4	6 682	6 399	-4,2
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 460	3,0	7 810	7 902	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 550	0,5	705	1 577	+123,7
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 122	0,7	1 948	1 904	-2,3
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 045	0,4	926	950	+2,6
Luftverkehrssteuer	905	0,3	960	0,3	811	868	+7,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 421	-4,0	-9 240	-8 495	-8,1
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-21 490	-7,6	-16 874	-17 821	+5,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 070	-0,7	-1 718	-1 821	+6,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,5	-6 398	-6 494	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	26 981	9,5	22 509	20 368	-9,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 971	1,8	4 244	1,5	4 375	3 627	-17,1
Zinseinnahmen	483	0,2	336	0,1	425	225	-47,1
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	5 913	2,1	3 936	2 965	-24,7
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	283 137	100,0	233 578	240 077	+2,8

¹ Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012

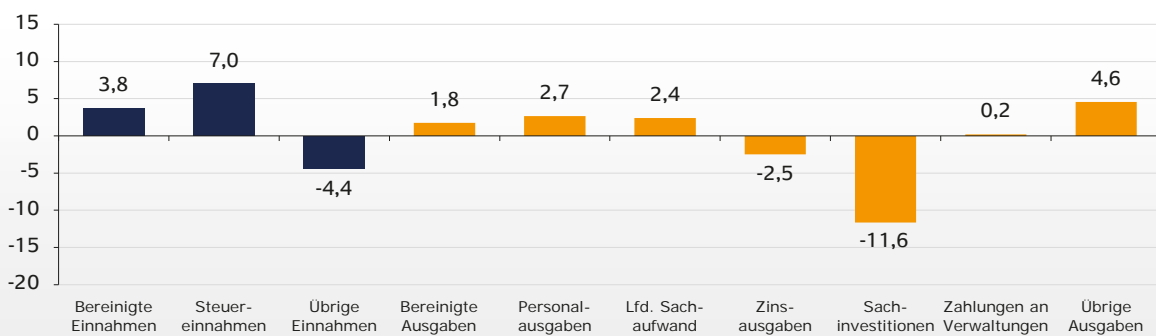
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2012 vor.

Die positive Entwicklung der Länderhaushalte setzt sich auch bis Ende Oktober fort. Die Ausgaben der Ländergesamtheit erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,8 %, während

die Einnahmen um 3,8 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende Oktober um 7,0 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt beträgt Ende Oktober 8,0 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um 4,3 Mrd. €. Die Planungen der Länder für das Haushaltsjahr 2012 sehen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund 15,2 Mrd. € vor.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012, Länder insgesamt

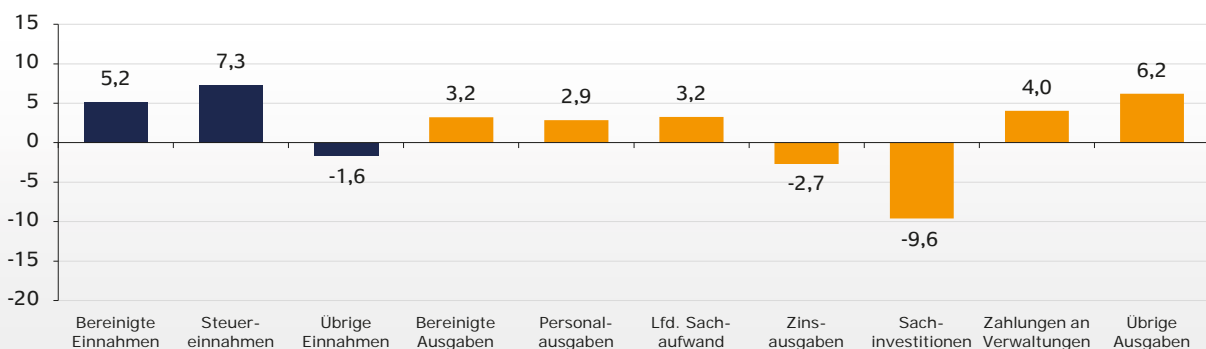
Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012, Flächenländer (West)

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %

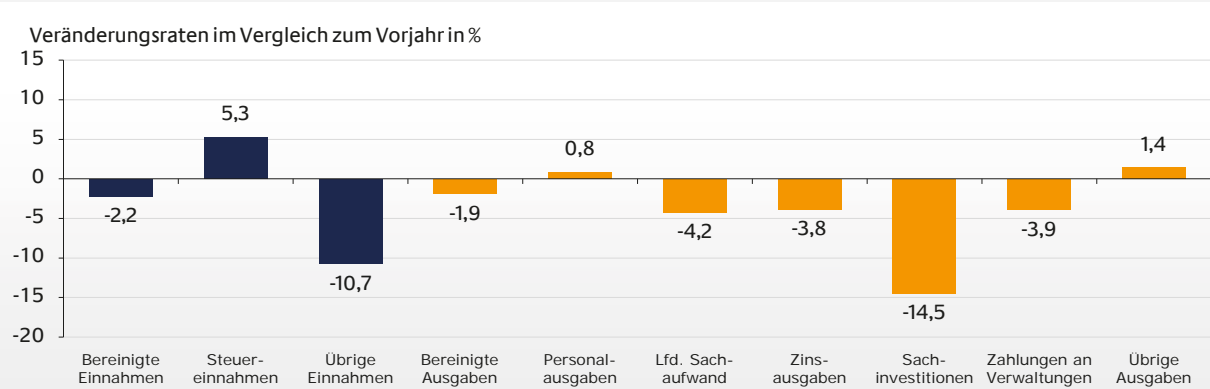


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

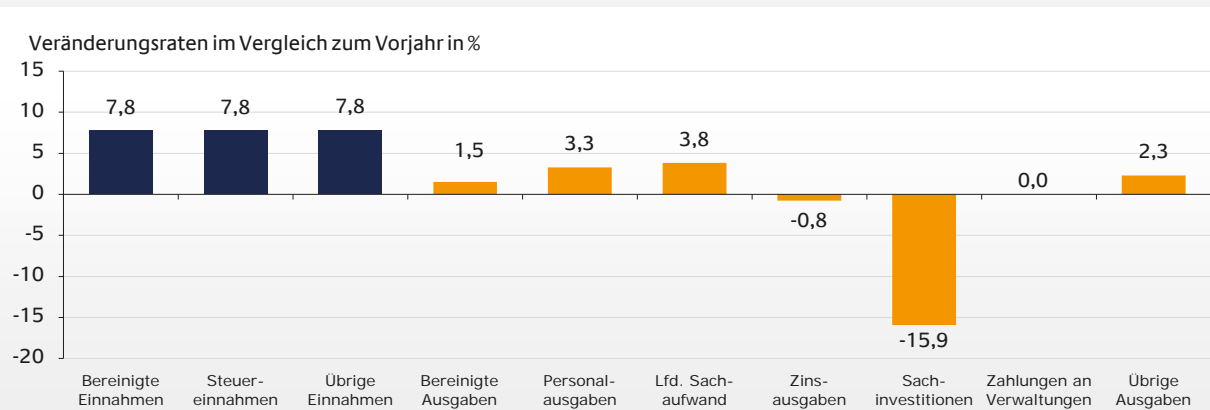
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS OKTOBER 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 3,32% (3,42% im Oktober).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 1,37% (1,49% Ende Oktober).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende November auf 0,19% (0,20% Ende Oktober).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 6. Dezember 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für

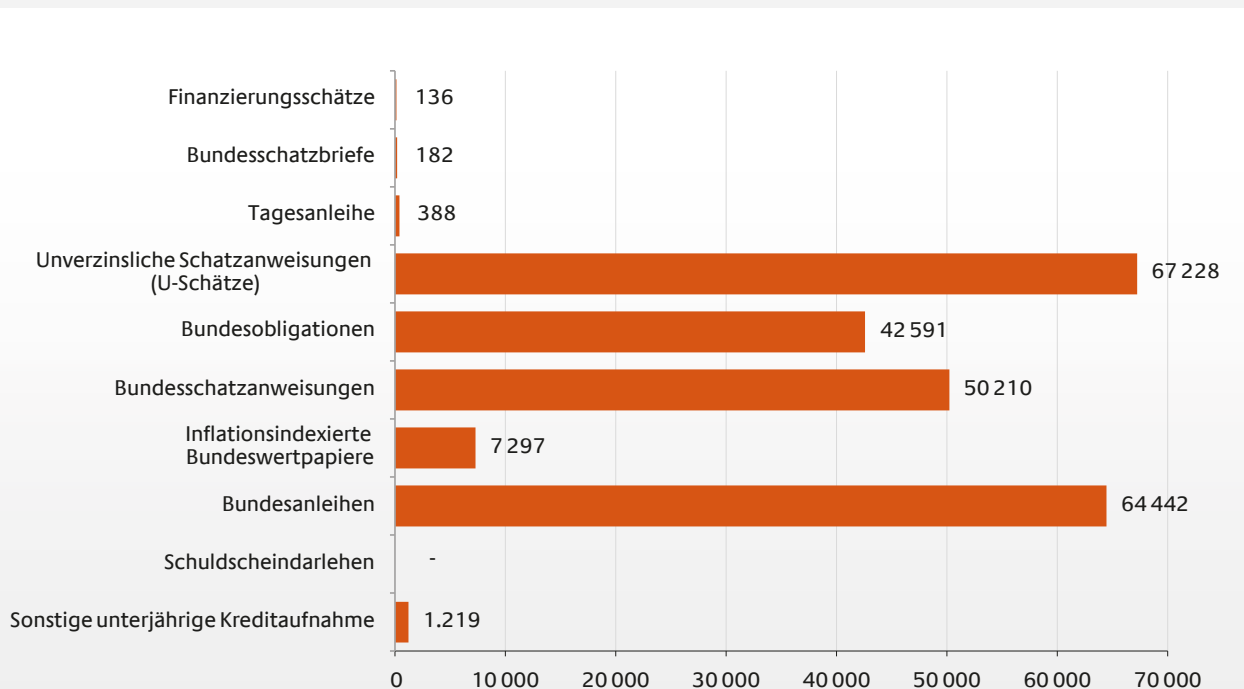
die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75%, 1,50% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 406 Punkte am 30. November (7 261 Punkte am 31. Oktober). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 504 Punkten am 31. Oktober auf 2 575 Punkte am 30. November.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober bei 3,9% nach 2,6% im September und 2,9% im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von August bis Oktober 2012 auf 3,1% nach 3,0% im Dreimonatszeitraum von Juli bis September.

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Oktober 2012
in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 777 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Oktober -1,4% nach -1,2% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,29% im Oktober gegenüber 0,88% im September.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Oktober 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 233,7 Mrd. €. Darunter entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 222,9 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 8,0 Mrd. €, auf die Instrumente des Privatkundengeschäfts 0,8 Mrd. € und auf sonstige

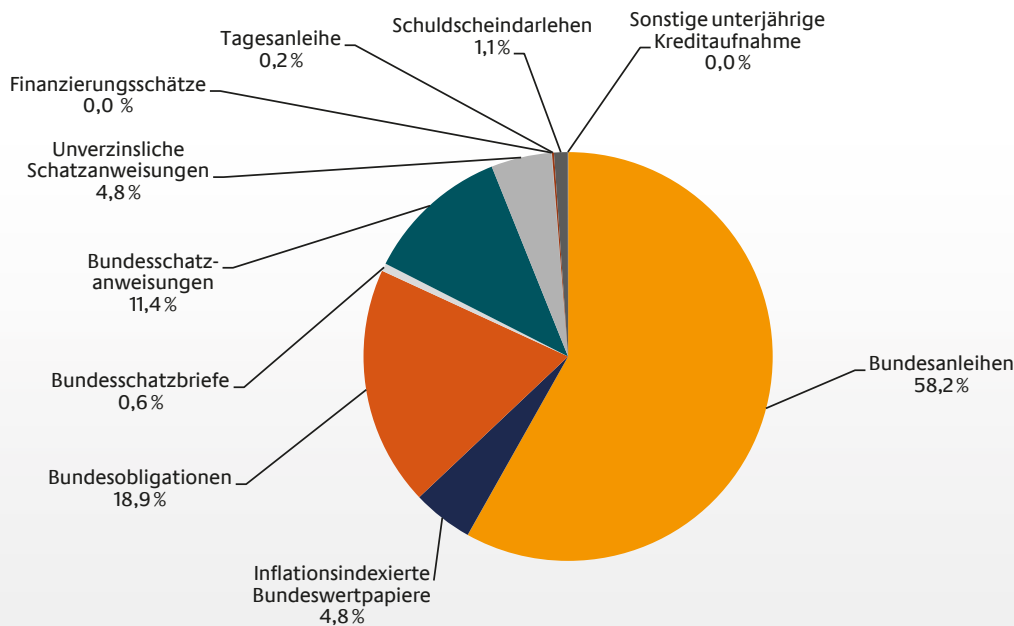
Instrumente 1,2 Mrd. €. Ferner wurden netto 0,8 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 250,7 Mrd. € (davon 220,7 Mrd. € Tilgungen und 30,0 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 17,0 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 225,1 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes, von 4,5 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,1 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Oktober 2012



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1129,7 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 45,6 Mrd. €. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0	-	2,7	-	.	.	54,7
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-	-	-	16,0	.	.	32,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-	18,0	-	.	.	56,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0	7,0	6,0	.	.	73,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	.	.	1,4
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.	0,7
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	0,0	0,0	.	.	0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-	-	1,1	-	.	.	1,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2	7,4	29,1	22,2	.	.	220,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1	-0,3	0,4	2,1	.	.	30,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119691 WKN 111969	Neuemission	8. Oktober 2012	6 Monate/fällig 10. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119709 WKN 111970	Neuemission	29. Oktober 2012	12 Monate/fällig 30. Oktober 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119717 WKN 111971	Neuemission	12. November 2012	6 Monate/fällig 15. Mai 2013	ca. 4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119725 WKN 111972	Neuemission	26. November 2012	12 Monate/fällig 27. November 2013	ca. 3 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119733 WKN 111973	Neuemission	3. Dezember 2012	6 Monate/fällig 12. Juni 2013	ca. 3 Mrd. €	
4. Quartal 2012 insgesamt				17 Mrd. €	

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindizierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	10. Oktober 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
4. Quartal 2012 insgesamt				2 - 3 Mrd.€/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Eurogruppen- und ECOFIN-Tagungen am 3./4. und 12./13. Dezember 2012

Stand der Anpassungsprogramme Griechenlands, Zyperns, Spaniens und Portugals

Der Finanzminister Griechenlands erläuterte in der Eurogruppe am 3. Dezember 2012 die technischen Bedingungen des griechischen Programms für den Rückkauf von Staatsanleihen, das aus Mitteln des Anpassungsprogramms finanziert werden soll, wenn die Troika eine Empfehlung für die Auszahlung in ihrer Schuldentragfähigkeitsanalyse gibt.

Auf Basis des Ergebnisses des Schuldentrückkaufs und nach Abschluss der nationalen Parlamentsverfahren hat die Eurogruppe am 13. Dezember 2012 der Freigabe der zweiten Tranche in Höhe von 49,1 Mrd. € aus dem zweiten Anpassungsprogramm für Griechenland formal zugestimmt und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) autorisiert, die Tranche freizugeben. Ein Betrag von 34,3 Mrd. € soll bereits im Dezember an Griechenland übertragen werden. Die Eurogruppe hat die Bürger Griechenlands ermuntert, ihre Anstrengungen zur Umsetzung der notwendigen Reformen beizubehalten.

Zu Zypern wurde in der Eurogruppe am 3. Dezember 2012 erstmalig der Entwurf einer Vereinbarung (Memorandum of Understanding) für ein mögliches Hilfsprogramm diskutiert.

Die Europäische Kommission hat in den Eurogruppensitzungen am 3. Dezember 2012 über den Stand des Bankenprogramms in Spanien informiert. Europäische Kommission und Internationaler Währungsfonds (IWF) haben die fristgerechte und qualitativ

hochwertige Umsetzung sowohl der banken- als auch der sektorspezifischen Bedingungen bestätigt. Das ESM-Direktorium hat nach beihilferechtlicher Genehmigung der Bankenrestrukturierungspläne durch die Europäische Kommission und nach Abschluss der nationalen Verfahren am 29. November 2012 die erste Finanzhilfe-Tranche in Höhe von bis zu 39,5 Mrd. € freigegeben.

Portugal wurde nach der sechsten Überprüfung seines Programms durch die Troika ein positives Zeugnis ausgestellt. Die nächste Tranche umfasst 2,5 Mrd. € und setzt sich zusammen aus 0,9 Mrd. € vom IWF und jeweils 0,8 Mrd. € von der EFSF und dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM). Die Ratsentscheidung zur Auszahlung der EFSM-Mittel steht am 18. Dezember 2012 an, der IWF wird am 21. Dezember 2012 über die Auszahlung seines Anteils befinden, die Entscheidung über die Auszahlung der EFSF-Mittel ist im Januar 2013 vorgesehen.

Gemeinsame europäische Bankenaufsicht

Am 4. Dezember 2012 führte der ECOFIN-Rat die Diskussion um die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht weiter. Bei der Tagung am 12./13. Dezember 2012 haben sich die Finanzminister geeinigt, einen gemeinsamen Aufsichtsmechanismus bei der Europäischen Zentralbank (EZB) einzurichten. Die EZB wird für den Gesamtmechanismus verantwortlich sein. In diesem Mechanismus wird sie die direkte Aufsicht über Banken mit einer Bilanzsumme von über 30 Mrd. € oder über 20 % des Bruttonationalprodukts (BNP) des jeweiligen Mitgliedstaates ausüben.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Die Aufsichtsaufgaben sollen durch die EZB frühestens zum 1. März 2014 beziehungsweise zwölf Monate nach Inkrafttreten der Verordnungen übernommen werden. Auch konnten noch folgende Punkte geklärt werden: die Aufgabenteilung zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden, die Trennung zwischen geldpolitischen und aufsichtlichen Aufgaben bei der EZB und die Frage der gleichberechtigten Einbeziehung der Nicht-Eurostaaten bei der Entscheidungsfindung in Fragen der Bankenaufsicht. Nun sollen die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht werden.

Geänderte Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen (CRD IV-Paket)

Europäische Kommission und Präsidentschaft berichteten über die Fortführung des Trilogs zur Umsetzung der Baseler Empfehlungen (Basel III) zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union. Die Verhandlungen stehen kurz vor dem Durchbruch, sodass die Voraussetzungen auf nationaler und europäischer Ebene zur Umsetzung der Baseler Empfehlungen voraussichtlich im Jahr 2013 abgeschlossen werden können. Die europäischen Regeln zu Basel III sorgen für eine höhere Solidität der Banken und stärken damit das Finanzsystem insgesamt. Dieses zentrale Projekt der Bankenregulierung trägt zur Weiterentwicklung des einheitlichen Regelwerks für den EU-Finanzbinnenmarkt entscheidend bei.

Wirtschaftspolitische Steuerung – „Two-Pack“

Die Präsidentschaft erhielt im ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2012 weitgehend Zustimmung zu den gemeinsam mit dem Europäischen Parlament gefundenen Einigungen zu den beiden Verordnungen für eine stärkere Koordinierung und Überwachung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Euro-Länder, dem sogenannten „Two-Pack“. Noch offene Fragen betreffend die Verordnung zur Stärkung der haushaltspolitischen Überwachung sollen auf der Ebene der Botschafter geklärt werden, um das Dossier schnellstmöglich abzuschließen.

Jahreswachstumsbericht 2013

Die Europäische Kommission stellte beim ECOFIN-Rat am 4. Dezember 2012 ihren Jahreswachstumsbericht als Auftakt für das nächste Europäische Semester vor, das im Januar 2013 beginnt. Der Bericht identifiziert die aus Sicht der Kommission wichtigsten horizontalen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der Europäischen Union und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu ihrer Bewältigung. Festgehalten wird an den bereits für 2012 herausgestellten Prioritäten wie wachstumsfreundliche und differenzierte Haushaltskonsolidierung, Instandsetzung des Finanzsektors, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

21./22. Januar 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
7./8. Februar 2013	Europäischer Rat in Brüssel
11./12. Februar 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
15./16. Februar 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau
4./5. März 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
14./15. März 2013	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. April 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
19./20. April 2013	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

Mitte Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2013	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettsvorlage durch das BMF
20. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
Mitte/Ende April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2013	Dezember 2012	31. Januar 2013
Februar 2013	Januar 2013	21. Februar 2013
März 2013	Februar 2013	21. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
 Referat Bürgerangelegenheiten
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 broschueren@bmf.bund.de
 www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹
 Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	63
1 Kreditmarktmittel	65
2 Gewährleistungen	66
3 Bundeshaushalt 2008 bis 2013	66
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013	67
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013	69
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	73
7 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	75
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	77
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	79
10 Entwicklung der Staatsquote	80
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	81
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	85
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	86
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	87
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	88
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	89
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	90
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	91
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	92
Abb. Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	92
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2012	93
3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2012	95
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	99
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	99
2 Preisentwicklung	100
3 Außenwirtschaft	101
4 Einkommensverteilung	102
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	103
5 Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	104
6 Produktionspotenzial und -lücken	105
7 Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	106
8 Bruttoinlandsprodukt	107
9 Bevölkerung und Arbeitsmarkt	109
10 Kapitalstock und Investitionen	113
11 Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	114
12 Preise und Löhne	115
13 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	117
14 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	118

Statistiken und Dokumentationen

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	119
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	120
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	121
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	122
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	123
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	127

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. September 2012			31. Oktober 2012
in Mio. €				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	52 500	1 500	0	54 000
Anleihen ¹	653 000	4 000	0	657 000
Bundessobligationen	226 000	4 000	16 000	214 000
Bundesschatzbriefe ²	7 109	7	148	6 968
Bundesschatzanweisungen	124 000	5 000	0	129 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	53 213	7 001	5 992	54 222
Finanzierungsschätze ³	293	4	38	260
Tagesanleihe	1 893	18	65	1 846
Schuldscheindarlehen	12 047	0	1	12 046
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	393	0	0	393
Kreditmarktmittel insgesamt	1 130 449			1 129 734

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel
II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. September 2012			31. Oktober 2012
in Mio. €				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	216 883			217 836
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	357 763			362 636
langfristig (mehr als 4 Jahre)	555 802			549 262
Kreditmarktmittel insgesamt	1 130 449			1 129 734

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

²Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. September 2012	am 30. September 2011
in Mrd. €			
Ausführen	135,0	124,0	117,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	38,4
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,8
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,5	109,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	142,1	22,4

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹
Mrd. €						
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	311,6	302,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,9	- 2,4	+ 5,2	- 3,1
2. Einnahmen²	270,5	257,7	259,3	278,5	283,1	284,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 5,8	- 4,7	+ 0,6	+ 7,4	+ 1,7	+ 0,5
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,2	260,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 4,0	- 4,8	- 0,7	+ 9,7	+ 3,3	+ 1,7
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-28,5	-17,4
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	9,1	5,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	249,6	249,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1	-0,3
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	232,4
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	28,1	17,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	37,5	34,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+ 11,5	- 3,8	- 2,7	+ 47,6	- 7,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5


Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: November 2012.




ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

Ausgabeart	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	21 349	20 825
Ziviler Bereich	8 870	9 269	9 443	9 274	11 468	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	9 881	10 324
Versorgung	6 714	6 962	7 079	7 154	7 147	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4 500	4 620	4 682	4 665	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283	1 343
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 673	10 396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10 264	11 871	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	31 245	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295	182 271
an Verwaltungen	12 930	14 396	14 114	15 930	17 600	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	11	9
Sondervermögen	4 568	5 624	5 518	5 276	5 732	5 912
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24 212	23 882	25 106	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26 931	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4 216	3 958	5 305	5 372
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	273 906	266 987

¹Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.


 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

Ausgabeart	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹
in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6 830	6 242	5 814	6 519	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	899	964
Grunderwerb	504	643	503	492	578	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	15 782	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 018	15 190	14 944	14 589	15 315	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 587	4 800
Länder	5 654	5 804	5 142	5 178	4 930	4 737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	74	62
Sondervermögen	-	-	-	-	583	1
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 346	9 728	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 060	6 368	6 396
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 360	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	467	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	467	612
Unternehmen - Inland	2 267	-	-	260	-	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	145	146
Ausland	225	282	269	311	322	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	14 158	11 864
Darlehensgewährung	2 395	2 490	2 663	2 825	3 853	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 395	2 490	2 662	2 825	3 853	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1 115	1 971	1 380
Ausland	1 473	1 618	1 587	1 710	1 881	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10 304	8 862
Inland	26	13	13	0	1	175
Ausland	678	905	797	788	10 304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	37 936	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24 316	27 103	26 077	25 378	37 469	34 804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	- 0	-	-	- 243	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	311 600	302 000

¹ Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	14 045
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	7 900
2	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4 885	541	183	4 161
3	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16 244	1 036
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 525	4 039	2 470	1 235	334
5	Rechtsschutz	459	427	291	110	26
6	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2 614	597	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	14 165
13	Hochschulen	4 794	3 880	11	10	3 859
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	2 675	2 672	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 315	485	854	6 976
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	751	539	1	5	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	315
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5 089	5 082	135	260	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	59
32	Sport	132	115	-	4	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	805	-	2	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	58
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	786	374	-	102	271
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	27	24	13	9	2

¹Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
3	Verteidigung	135	59	7	201	174
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
5	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
6	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	3	1	-	3	3

¹Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	601	9	-	8	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	79	77	66	11	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	116
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 871	1 810	407	722	681
8	Finanzwirtschaft	38 649	39 013	1 418	402	5 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 598	5 598	-	-	5 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	395	395	-	395	0
Summe aller Hauptfunktionen		302 000	266 987	28 478	24 642	182 271

¹Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensberatungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1 380	1 380
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 396	25	4 421	4 421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013
 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2013
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		Ist-Ergebnisse							Soll ⁴
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	311,6	302,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,9	- 2,4	+ 5,2	- 3,1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	283,1	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,9	+ 9,8	+ 5,8	- 4,7	+ 0,6	+ 7,4	+ 1,7	+ 0,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 28,5	- 17,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 28,1	- 17,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,5	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	+ 3,7	+ 3,4	+ 0,9	- 1,2	+ 2,3	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,4
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	13,1	.
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	31,3	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,3	+ 3,3	+ 3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 4,6	+ 1,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10,0	10,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	42,4	40,9	.
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	37,5	34,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	+ 15,4	- 7,2	+ 11,5	- 3,8	- 2,7	+ 47,6	- 7,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	12,0	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,7	40,3	.
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,2	260,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 7,2	+ 12,8	+ 4,0	- 4,8	- 0,7	+ 9,7	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	82,2	86,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,5	91,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,9	.
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 28,1	- 17,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	9,0	5,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	75,0	49,1
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	- 68,8	- 2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,0	- 79,5	.
nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 025,4	.	.
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	.	.

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 Gesamtdeutschland.³ Stand Juni 2012; 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.⁴ Stand: 2. und 3. Lesung Bundestag und Abschluss Bundesrat am 14.12.2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7
Länder ³							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Quoten in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2	-1,0
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-3,8	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	28,7	29,8
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse.

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €		in %		
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5
2013 ²	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2
2014 ²	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3
2015 ²	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6
2016 ²	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0
2017 ²	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Stand: Oktober 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)**

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik ³	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	in Relation zum BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,9
1992	22,3	39,6	22,7	39,9
1993	22,4	40,1	22,6	40,3
1994	22,3	40,5	22,5	40,7
1995	21,9	40,5	22,5	41,1
1996	21,8	41,0	21,8	41,0
1997	21,5	41,0	21,3	40,8
1998	22,1	41,3	21,7	40,9
1999	23,3	42,3	22,6	41,6
2000	23,5	42,1	22,8	41,4
2001	21,9	40,2	21,3	39,6
2002	21,5	39,9	20,7	39,1
2003	21,6	40,1	20,6	39,1
2004	21,1	39,2	20,2	38,3
2005	21,4	39,2	20,3	38,2
2006	22,2	39,5	21,1	38,4
2007	23,0	39,5	22,2	38,7
2008	23,1	39,7	22,7	39,2
2009	23,1	40,4	22,1	39,4
2010	22,0	38,9	21,3	38,1
2011	22,7	39,6	22,1	39,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; 2008 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

³ Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
	in Relation zum BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,2	27,1	21,1
2010	47,7	27,4	20,3
2011	45,3	25,7	19,6


¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 533
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.


 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹
 Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	in Mio. €			in % der Schulden insgesamt			in % des BIP		
Öffentlicher Gesamthaushalt²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,1
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2	.	51,6	49,4
Wertpapiersschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270	.	63,2	62,8	43,5	50,9	49,1
Kassenkredite	.	16 256	7 313	.	0,8	0,4	.	0,7	0,3
Kernhaushalte	.	1 035 647	1 043 401	.	51,5	51,5	.	41,5	40,2
Wertpapiersschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088	.	50,8	51,2	41,0	40,9	40,0
Kassenkredite	.	13 454	7 313	.	0,7	0,4	.	0,5	0,3
Extrahaushalte	.	251 813	236 181	.	12,5	11,7	.	10,1	9,1
Wertpapiersschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181	.	12,4	11,7	2,5	10,0	9,1
Kassenkredite	.	2 802	.	.	0,1	0,0	.	0,1	0,0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292	.	1,4	0,9	1,5	1,1	0,7
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991	21 232	.	0,7	1,0	0,3	0,6	0,8
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	.	17 302	11 000	.	0,9	0,5	.	0,7	0,4
Wertpapiersschulden und Kredite	15 500	14 500	11 000	.	0,7	0,5	0,7	0,6	0,4
Kassenkredite	.	2 802	.	.	0,1	.	.	0,1	.
FMS Wertmanagement	.	191 968	186 480	.	9,5	9,2	.	7,7	7,2
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	.	.	177	.	0,0	0,0	.	.	0,0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte	.	600 110	615 399	.	29,8	30,6	.	24,0	23,7
Wertpapiersschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651	.	29,6	30,4	.	23,8	23,6
Kassenkredite	.	4 930	3 748	.	0,2	0,2	.	0,2	0,1
Kernhaushalte	.	524 162	532 591	.	26,1	26,3	.	21,0	20,5
Wertpapiersschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371	.	25,8	26,1	21,0	20,8	20,4
Kassenkredite	.	4 835	3 220	.	0,2	0,2	.	0,2	0,1
Extrahaushalte	.	75 947	82 808	.	3,8	4,1	.	3,0	3,2
Wertpapiersschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280	.	3,8	4,1	1,2	3,0	3,2
Kassenkredite	.	95	528	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹
Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	in Mio. €			in % der Schulden insgesamt			in % des BIP		
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte	.	123 569	129 643	.	6,1	6,4	.	5,0	5,0
Wertpapiersschulden und Kredite	82 787	84 363	85 617	.	4,2	4,2	.	3,4	3,3
Kassenkredite	.	39 206	44 026	.	1,9	2,2	.	1,6	1,7
Kernhaushalte		115 253	121 095	.	5,7	6,0	.	4,6	4,7
Wertpapiersschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280	.	3,8	3,8	3,2	3,1	3,0
Kassenkredite	.	38 927	43 815	.	1,9	2,2	.	1,6	1,7
Zweckverbände ³	.	1 602	1 675	.	0,1	0,1	.	0,1	0,1
Wertpapiersschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite	.	52	49	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden	.	6 713	6 873	.	0,3	0,3	.	0,3	0,3
Wertpapiersschulden und Kredite	6 322	6 486	6 711	.	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite	.	227	162	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte	.	539	823	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Wertpapiersschulden und Kredite	567	539	765	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	58	.		0,0	.	0,0	0,0
Kernhaushalte	.	506	735	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Wertpapiersschulden und Kredite	531	506	735	.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	0	.			.	0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴	.	32	88	.	0,0	0,0	.	0,0	0,0
Wertpapiersschulden und Kredite	36	32	30	.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	58	.		0,0	.	0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24 771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80,5
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81 750 716	81 767 982						

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2009 Rechnungsergebnis, 2010 bis 2011 Kassenergebnisse.⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP								
	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.²Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP											
	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,2	45,5	45,3
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,1	54,1	54,2	54,3
Estland	–	–	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	41,2	39,5	37,8
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,5	55,3	54,9	55,1
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	56,0	56,3	56,7	56,7
Griechenland	–	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,7	50,7	49,6	48,1
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,7	66,1	48,2	42,6	41,5	39,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	51,0	50,5	50,0
Luxemburg	–	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,8	42,0	44,3	44,2	44,7
Malta	–	–	39,7	40,3	44,6	43,8	43,3	42,5	42,3	42,6	43,2	42,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	49,9	49,9	49,8
Österreich	53,6	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,6	51,6	51,3	50,4
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,2	49,4	46,7	47,5	45,3
Slowakei	–	–	48,6	52,1	38,0	34,9	41,5	40,0	38,2	37,6	36,7	36,1
Slowenien	–	–	52,3	46,5	45,3	44,3	49,1	50,3	50,7	48,8	49,7	49,2
Spanien	–	–	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	44,3	42,7	42,3
Zypern	–	–	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,1	46,9	47,1	47,4
Bulgarien	–	–	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	36,4	37,0	37,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	57,8	57,6	57,9	59,6	57,0	56,0
Lettland	–	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	44,5	43,7	38,4	36,8	35,6	34,8
Litauen	–	–	34,4	38,9	33,2	37,2	43,7	40,8	37,4	36,8	36,2	35,4
Polen	–	–	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,6	42,8	42,2	41,8
Rumänien	–	–	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	37,9	36,1	36,0	35,7
Schweden	–	–	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,4	51,4	50,8
Tschechien	–	–	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	43,6	43,3	42,9
Ungarn	–	–	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,9	49,0	49,6
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,6	36,8	43,8	47,7	51,4	50,4	48,5	48,4	47,2	45,7
Euroraum	–	–	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,5	49,4	49,1
EU-27	–	–	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,1	48,8	48,2
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,4	39,9	39,6
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,8	41,4	42,8	43,7	43,9

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

1	Eu-Haushalt 2011 ¹				Eu-Haushalt 2012 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	-215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9

Statistiken und Dokumentationen

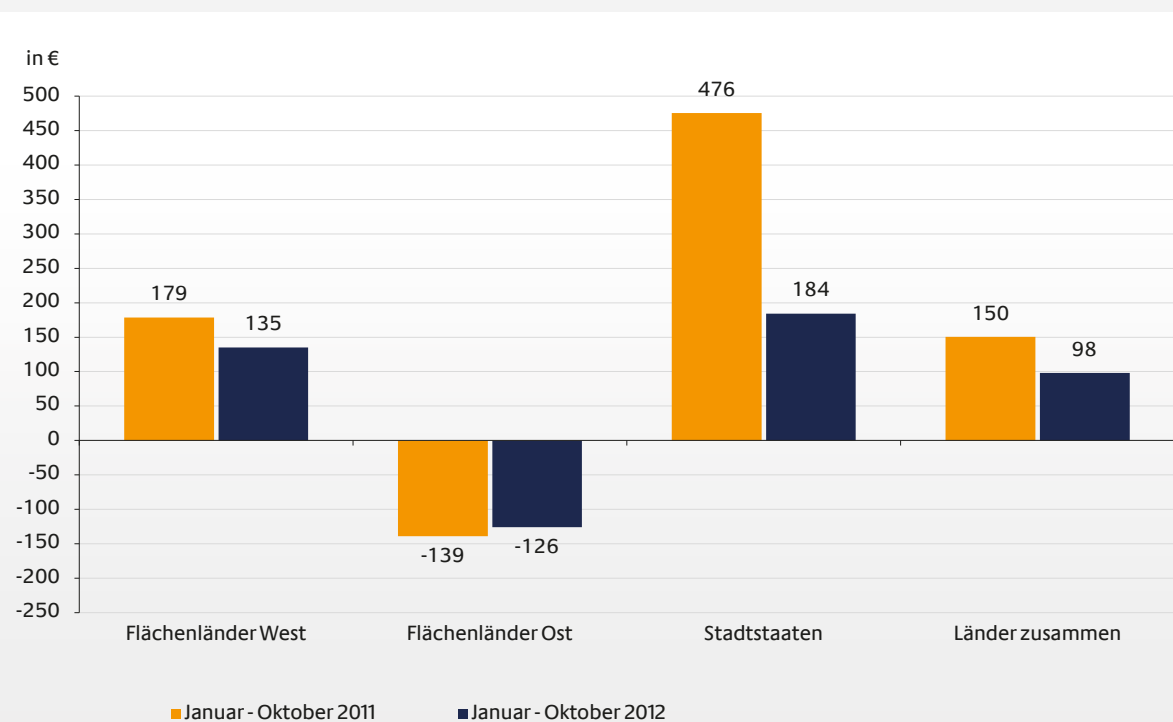
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	204 361	168 284	51 033	42 107	35 969	30 265	285 136	235 040
darunter:								
Steuereinnahmen	160 248	131 058	28 344	24 211	22 788	18 092	211 379	173 362
Übrige Einnahmen	44 113	37 225	22 690	17 896	13 181	12 173	73 756	61 678
Bereinigte Ausgaben	216 597	176 813	51 463	40 498	38 511	31 368	300 344	243 063
darunter:								
Personalausgaben	83 991	70 209	12 553	10 312	10 974	9 913	107 518	90 435
Lfd. Sachaufwand	14 062	10 898	3 693	2 829	8 296	7 364	26 051	21 091
Zinsausgaben	13 351	11 218	2 997	2 232	3 830	3 249	20 177	16 699
Sachinvestitionen	4 320	2 631	1 633	1 016	819	504	6 771	4 152
Zahlungen an Verwaltungen	61 045	49 184	18 045	14 669	1 132	702	73 993	58 940
Übrige Ausgaben	39 829	32 673	12 544	9 439	13 461	9 636	65 834	51 747
Finanzierungssaldo	-12 237	-8 529	- 430	1 609	-2 531	-1 103	-15 198	-8 023

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

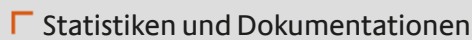
Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2012

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2011			September 2012			Oktober 2012		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	214 035	226 528	424 668	199 188	215 866	400 809	220 585	235 040	439 424
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	209 394	213 006	422 399	196 319	207 812	404 131	217 082	225 175	442 257
111	Steuereinnahmen	193 453	161 985	355 437	182 671	159 525	342 195	201 727	173 362	375 089
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 447	40 730	43 176	2 441	40 311	42 753	2 665	42 617	45 282
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 082	2 082	-	2 123	2 123	-	2 129	2 129
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4 641	13 523	18 164	2 869	8 054	10 923	3 503	9 865	13 368
121	Veräußerungserlöse	1 740	414	2 154	1 129	1 038	2 167	1 720	1 084	2 804
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 450	98	1 547	987	781	1 768	1 566	786	2 353
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	713	9 550	10 263	374	4 351	4 724	379	5 366	5 745
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	250 645	238 826	473 577	225 415	220 039	431 209	258 098	243 063	484 960
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	231 983	215 349	447 331	209 990	200 358	410 348	231 290	221 044	452 334
211	Personalausgaben	23 814	88 089	111 903	21 638	81 633	103 271	23 955	90 435	114 389
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 777	25 447	32 224	6 349	24 034	30 383	7 011	26 616	33 627
212	Laufender Sachaufwand	15 334	20 601	35 935	14 413	18 862	33 275	16 510	21 091	37 601
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 664	13 466	21 130	7 674	12 141	19 815	8 846	13 609	22 456
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	31 893	17 123	49 016	28 351	15 361	43 712	30 017	16 699	46 716
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	13 184	49 613	62 798	12 800	48 055	60 855	14 229	52 110	66 339
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	535	535	-	-142	-142	-	-45	-45
2142	Zuweisungen an Gemeinden	10	45 688	45 698	7	44 945	44 952	7	48 585	48 591
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	18 662	23 478	42 140	15 426	19 680	35 106	26 807	22 019	48 826
221	Sachinvestitionen	4 864	4 698	9 562	4 515	3 573	8 089	5 340	4 152	9 491
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 951	9 212	13 163	3 011	6 135	9 145	3 894	6 830	10 724
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	18 248	22 763	41 011	15 090	19 298	34 387	26 383	21 613	47 996

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2012

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2011			September 2012			Oktober 2012		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-36 555 ²	-12 298	-48 853	-26 173 ²	-4 172	-30 346	-37 447 ²	-8 023	-45 470
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	246 405	69 335	315 740	197 931	55 306	253 237	221 401	61 816	283 217
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	223 693	75 717	299 410	182 235	69 658	251 892	205 224	76 967	282 191
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	22 712	-6 382	16 330	15 697	-14 352	1 345	16 178	-15 151	1 026
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-3 784	3 490	-295	-10 344	8 762	-1 582	3 496	9 564	13 060
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 708	15 708	-	19 269	19 269	-	17 195	17 195
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	3 790	-1 044	2 746	10 345	-8 938	1 406,9	-3 493	-11 791	-15 284

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	30 916	36 205^a	7 953	16 281	5 827	21 508	43 058	10 667	2 669
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	30 043	35 057	7 600	15 784	5 321	20 143	41 590	10 321	2 607
111	Steuereinnahmen	23 678	28 506	4 723	12 957	3 113	15 726 ⁴	34 747	7 884	1 915
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 995	3 456	2 366	1 888	1 890	2 381	4 836	1 804	586
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	159	-	139	14	-	114	51
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	356	-	385	118	63	193	93
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	874	1 148 ^a	352	497	506	1 364	1 468	346	62
121	Veräußerungserlöse	1	0	10	32	5	713	8	37	7
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	712	0	36	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	636	832	202	402	213	562	877	196	39
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	31 491	35 694^b	8 049	18 197	5 547	21 922	47 197	12 084	3 182
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	29 100	32 190 ^b	7 208	16 757	4 830	20 223	42 593	10 710	2 946
211	Personalausgaben	13 218	15 352	1 962	6 644	1 402	8 181 ²	17 747 ²	4 797	1 215
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 297	4 550	162	2 193	94	2 652	6 152	1 521	480
212	Laufender Sachaufwand	1 483	2 605 ^c	447	1 377	347	1 381	2 671	827	155
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 352	2 069 ^c	383	1 089	302	1 115	1 990	696	141
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 568	924 ^d	524	1 337	286	1 746	3 587	846	466
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 519	9 642	2 869	4 740	1 865	5 577	11 028	2 574	481
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 702	3 071	-	1 402	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6 765	6 476	2 439	3 284	1 486	5 576	10 803	2 531	465
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 391	3 504	841	1 440	717	1 699	4 604	1 374	235
221	Sachinvestitionen	456	1 127	57	467	198	169	231	58	35
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 027	1 277	314	571	261	201	1 495	367	51
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 344	3 438	841	1 412	717	1 699	4 441	1 351	220

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 575	511 ^e	- 97	-1 916	280	- 414	-4 139	-1 418	- 513
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 653	2 585 ^f	2 575	4 128	810	3 295	14 320	5 916	1 060
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 802	3 472 ^g	3 802	5 000	862	5 682	15 064	7 464	1 093
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 149	- 887 ^h	-1 226	- 872	- 52	-2 387	- 744	-1 548	- 32
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	147	1 900	49	-	2 176	1 069	216
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 060	3 575	23	1 383	340	2 617	1 459	2	758
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 997	-	- 818	-1 405	670	-405	-1 839	-1 069	255

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Oktober-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 285,7 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 285,6 Mio. €, e -267,4 Mio. €, f 605,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 105,0 Mio. €.

⁴NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbsteuer im nds. Küstengewässer/Festlandssockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2012

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 142	7 749	7 584	7 437	18 273	3 324	8 847	235 040
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	12 285	7 305	7 314	6 885	17 436	3 246	8 636	225 175
111	Steuereinnahmen	7 808	4 291	5 646	4 277	9 344	1 740	7 008	173 362
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 992	2 668	1 229	2 274	6 333	1 191	729	42 617
1121	darunter: Allgemeine BEZ	313	180	90	174	789	136	-30	2 129
1122	Länderfinanzausgleich ¹	801	485	137	474	2 814	479	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	857	444	270	552	836	78	211	9 865
121	Veräußerungserlöse	0	3	9	41	158	1	59	1 084
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	2	786
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	386	204	120	263	249	57	128	5 366
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 906	7 793	7 650	7 203	18 030	3 814	9 702	243 063
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	10 305	7 122	7 170	6 547	17 193	3 534	9 013	221 044
211	Personalausgaben	3 087	1 962	3 055	1 899	5 805	1 179	2 929	90 435
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	176	158	1 096	127	1 512	397	1 049	26 616
212	Laufender Sachaufwand	728	776	398	531	4 260	616	2 488	21 091
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	545	257	334	288	1 870	285	894	13 609
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	271	609	744	543	1 993	543	712	16 699
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 953	2 235	2 014	2 351	248	143	270	52 110
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	178	-45
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 956	1 834	1 935	2 009	7	8	12	48 585
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 601	671	480	656	837	280	689	22 019
221	Sachinvestitionen	470	135	87	157	158	41	305	4 152
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	427	225	225	170	87	92	40	6 830
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 602	671	478	656	780	273	688	21 613

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2012

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 236	- 45	- 66	234	243	- 490	- 855	-8 023
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-2 262	3 983	2 023	1 364	6 566	7 445	2 355	61 816
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	579	3 243	2 621	1 527	7 884	8 361	2 514	76 967
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme) Zum Ende des Monats bestehende	-2 841	741	-598	-163	-1 318	-915	-158	-15 151
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 213	-	14	685	846	250	9 564
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 012	50	-	-	431	486	1 999	17 195
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 359	-620	0	-677	-829	-697	-11 791

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Oktober-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 285,7 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 285,6 Mio. €, e -267,4 Mio. €, f 605,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 105,0 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandssockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose in Mio.	Erwerbslosen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴ in %
	in Mio.	Veränderung in % p.a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	
			Veränderung in % p.a.						
1991	38,7	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,3	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,2	+0,2	+0,5	18,0

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p.a.						
1991
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,3	+1,1	-0,3	+1,3	+1,4	+1,7	+1,4

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,3	+4,8	140,6	154,1	46,7	41,0	5,7	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p.a.			in %		Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	70,8	70,8	.	.
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,3	+0,5
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6
2011/06	+1,9	+0,1	+2,8	65,6	67,0	+1,9	+0,4

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 17. Oktober 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union (EU) verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library>.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), *Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries*, OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierte Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung

wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

3. Im Vergleich zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012 haben sich maßgebliche Änderungen der Methodik zur Potenzialschätzung ergeben. Beispielsweise wurden die Annahmen zur Nettomigration im Projektionszeitraum (2012 bis 2017) nach oben angepasst, um die höhere Migration nach Deutschland am aktuellen Rand zu berücksichtigen. Zudem umfasst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nun die 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie bisher die 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden. Die Bundesregierung hat diese methodische Anpassung im Verbund mit der Anpassung der Migrationsannahmen zur Herbstprojektion 2012 umgesetzt.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung.
6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtsstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_Migration/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/Konjunkturkomponente-des-Bundes.html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2013	2 745,9	2 729,7	-16,2	0,190	-3,1
2014	2 822,8	2 809,8	-13,0	0,190	-2,5
2015	2 900,3	2 892,2	-8,0	0,190	-1,5
2016	2 980,1	2 977,1	-3,0	0,190	-0,6
2017	3 064,5	3 064,5	0,0	0,190	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,8		835,4		32,0	2,3	19,3	2,3
1981	1 414,6	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,4	0,6
1982	1 443,3	+2,0	949,3	+6,7	-25,7	-1,8	-16,9	-1,8
1983	1 472,2	+2,0	995,5	+4,9	-32,3	-2,2	-21,9	-2,2
1984	1 502,4	+2,1	1 036,1	+4,1	-21,9	-1,5	-15,1	-1,5
1985	1 533,6	+2,1	1 080,1	+4,2	-18,6	-1,2	-13,1	-1,2
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 605,0	+2,3	1 179,2	+3,6	-33,6	-2,1	-24,7	-2,1
1988	1 644,9	+2,5	1 228,9	+4,2	-15,2	-0,9	-11,4	-0,9
1989	1 690,4	+2,8	1 299,3	+5,7	2,7	0,2	2,1	0,2
1990	1 740,5	+3,0	1 383,2	+6,5	41,6	2,4	33,1	2,4
1991	1 793,7	+3,1	1 469,5	+6,2	79,5	4,4	65,1	4,4
1992	1 847,9	+3,0	1 595,7	+8,6	61,1	3,3	52,7	3,3
1993	1 896,4	+2,6	1 702,8	+6,7	-6,6	-0,3	-5,9	-0,3
1994	1 936,3	+2,1	1 782,0	+4,6	0,2	0,0	0,2	0,0
1995	1 971,1	+1,8	1 850,5	+3,8	-2,1	-0,1	-2,0	-0,1
1996	2 002,8	+1,6	1 892,2	+2,3	-18,2	-0,9	-17,2	-0,9
1997	2 032,7	+1,5	1 925,5	+1,8	-13,6	-0,7	-12,9	-0,7
1998	2 062,6	+1,5	1 965,3	+2,1	-5,9	-0,3	-5,6	-0,3
1999	2 094,7	+1,6	1 999,7	+1,8	0,5	0,0	0,5	0,0
2000	2 128,2	+1,6	2 018,1	+0,9	31,0	1,5	29,4	1,5
2001	2 161,3	+1,6	2 072,5	+2,7	30,7	1,4	29,4	1,4
2002	2 192,5	+1,4	2 132,5	+2,9	-0,4	0,0	-0,3	0,0
2003	2 221,1	+1,3	2 184,1	+2,4	-37,2	-1,7	-36,6	-1,7
2004	2 249,1	+1,3	2 235,3	+2,3	-39,9	-1,8	-39,6	-1,8
2005	2 276,6	+1,2	2 276,6	+1,8	-52,2	-2,3	-52,2	-2,3
2006	2 305,7	+1,3	2 312,9	+1,6	1,0	0,0	1,0	0,0
2007	2 335,0	+1,3	2 380,4	+2,9	47,2	2,0	48,1	2,0
2008	2 362,6	+1,2	2 427,2	+2,0	45,4	1,9	46,6	1,9
2009	2 383,8	+0,9	2 477,7	+2,1	-99,3	-4,2	-103,2	-4,2
2010	2 408,1	+1,0	2 526,3	+2,0	-28,6	-1,2	-30,1	-1,2
2011	2 443,3	+1,5	2 583,9	+2,3	8,2	0,3	8,7	0,3
2012	2 476,3	+1,3	2 659,2	+2,9	-4,2	-0,2	-4,5	-0,2
2013	2 511,0	+1,4	2 745,9	+3,3	-14,8	-0,6	-16,2	-0,6
2014	2 542,3	+1,2	2 822,8	+2,8	-11,7	-0,5	-13,0	-0,5
2015	2 572,5	+1,2	2 900,3	+2,7	-7,1	-0,3	-8,0	-0,3
2016	2 603,3	+1,2	2 980,1	+2,8	-2,6	-0,1	-3,0	-0,1
2017	2 636,4	+1,3	3 064,5	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,5	0,5	0,6	0,4
2012	+1,3	0,5	0,5	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,2	0,6	0,3	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 472,1	+0,8	2 654,7	+2,4
2013	2 496,2	+1,0	2 729,7	+2,8
2014	2 530,5	+1,4	2 809,8	+2,9
2015	2 565,4	+1,4	2 892,2	+2,9
2016	2 600,6	+1,4	2 977,1	+2,9
2017	2 636,4	+1,4	3 064,5	+2,9

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 632	.	.	59,9	32 275	.
1961	54 667	+0,1	.	60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,7	68,7	40 603	+0,6
2011	63 398	+0,0	69,0	68,9	41 164	+1,4
2012	63 225	-0,3	69,4	69,4	41 544	+0,9
2013	63 022	-0,3	69,7	69,8	41 624	+0,2
2014	62 733	-0,5	70,1	70,1	41 655	+0,1
2015	62 385	-0,6	70,5	70,5	41 687	+0,1
2016	62 033	-0,6	70,8	70,9	41 718	+0,1
2017	61 761	-0,4	71,1	71,2	41 750	+0,1
2018	61 548	-0,3	71,4	71,4	.	.
2019	61 324	-0,4	71,7	71,7	.	.
2020	61 206	-0,2	72,0	71,9	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigen, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 165	.	25 095	.	1,4	.
1961	.	.	2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	.
1965	2 065	.	2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	.
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	.
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1 811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,1
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,6
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,5
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,1
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigen, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,4
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,5
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 416	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 406	-0,3	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,3
2010	1 403	-0,2	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9
2011	1 402	-0,1	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4
2012	1 402	-0,0	1 402	-0,3	36 989	+1,0	5,3	5,9
2013	1 403	+0,1	1 399	-0,1	37 074	+0,2	5,3	5,4
2014	1 406	+0,2	1 404	+0,3	37 102	+0,1	5,3	5,2
2015	1 409	+0,2	1 409	+0,3	37 130	+0,1	5,2	5,1
2016	1 412	+0,2	1 414	+0,3	37 158	+0,1	5,1	5,0
2017	1 415	+0,2	1 419	+0,3	37 186	+0,1	5,1	5,0
2018	1 418	+0,2	1 419	+0,0
2019	1 420	+0,2	1 420	+0,0
2020	1 422	+0,1	1 420	+0,0

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

² NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	432,2	-1,5	2,4
2013	12 525,1	+1,1	442,0	+2,3	2,5
2014	12 656,2	+1,0	453,9	+2,7	2,6
2015	12 794,9	+1,1	466,1	+2,7	2,6
2016	12 942,2	+1,2	478,6	+2,7	2,6
2017	13 098,3	+1,2	491,5	+2,7	2,6



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4285		-7,4394
1981		-7,4270		-7,4293
1982		-7,4314		-7,4190
1983		-7,4141		-7,4075
1984		-7,3961		-7,3951
1985		-7,3814		-7,3818
1986		-7,3718		-7,3677
1987		-7,3662		-7,3526
1988		-7,3450		-7,3363
1989		-7,3180		-7,3189
1990		-7,2866		-7,3010
1991		-7,2573		-7,2834
1992		-7,2459		-7,2672
1993		-7,2510		-7,2530
1994		-7,2351		-7,2403
1995		-7,2238		-7,2292
1996		-7,2171		-7,2192
1997		-7,2052		-7,2098
1998		-7,2001		-7,2006
1999		-7,1966		-7,1913
2000		-7,1770		-7,1816
2001		-7,1639		-7,1719
2002		-7,1615		-7,1628
2003		-7,1628		-7,1546
2004		-7,1585		-7,1468
2005		-7,1532		-7,1394
2006		-7,1223		-7,1321
2007		-7,1056		-7,1256
2008		-7,1081		-7,1201
2009		-7,1476		-7,1159
2010		-7,1254		-7,1113
2011		-7,1084		-7,1068
2012		-7,1078		-7,1021
2013		-7,1021		-7,0970
2014		-7,0948		-7,0914
2015		-7,0877		-7,0854
2016		-7,0808		-7,0790
2017		-7,0741		-7,0722


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,4	+1,5	110,3	+1,7	1 373,1	+3,5
2013	109,4	+1,8	112,4	+1,8	1 408,1	+2,6
2014	111,0	+1,5	114,3	+1,7	1 443,9	+2,5
2015	112,7	+1,5	116,2	+1,7	1 480,7	+2,5
2016	114,5	+1,5	118,2	+1,7	1 518,5	+2,6
2017	116,2	+1,5	120,1	+1,7	1 557,5	+2,6

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich


Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG


Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

Statistiken und Dokumentationen

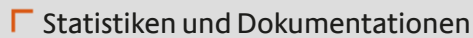
KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,8
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,6
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,1
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,5
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,3
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,4
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,7
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,1
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,9
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,1
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,8
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,0
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,1
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,8

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Übersicht Weltfinanzmärkte

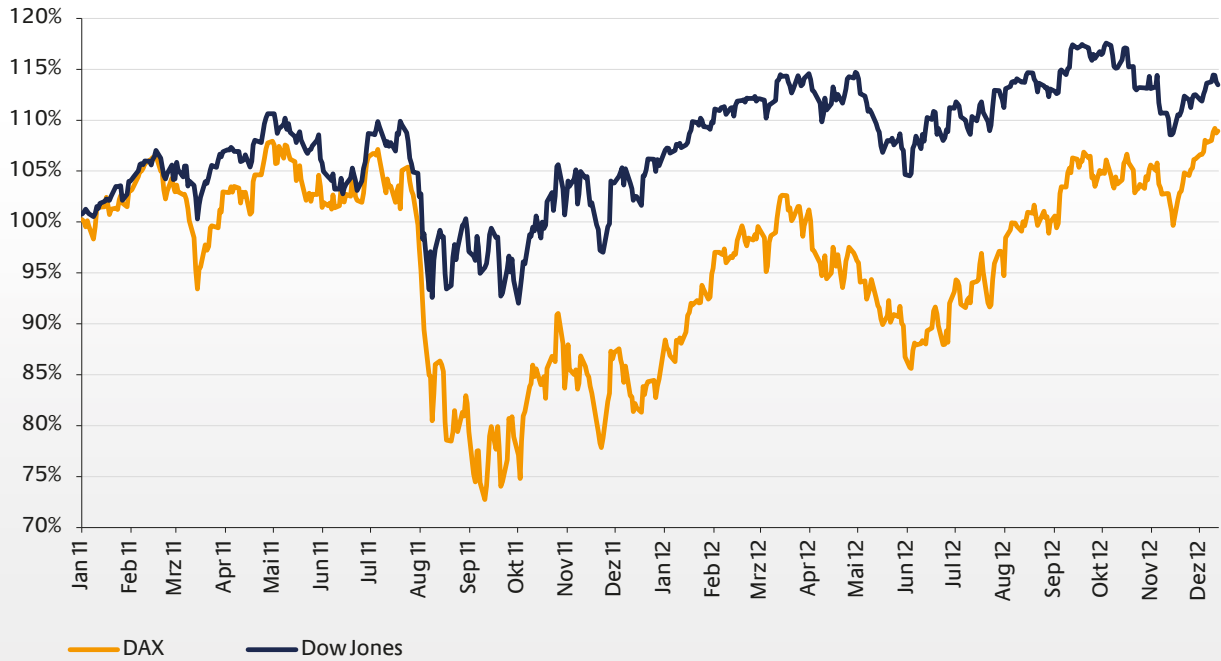
Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.12.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 171	12 218	+7,8	10 655	13 597
Euro Stoxx 50	2 628	2 317	+13,4	1 995	3 068
Dax	7 582	5 898	+28,5	5 072	7 615
CAC 40	3 643	3 160	+15,3	2 782	4 157
Nikkei	9 743	8 455	+15,2	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.12.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,74	1,89	-	1,39	3,78
Deutschland	1,32	1,83	-0,4	1,14	3,49
Japan	0,73	0,99	-1,0	0,70	1,36
Vereinigtes Königreich	1,83	1,95	+0,1	1,42	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.12.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
US-Dollar/Euro	1,31	1,29	+1,1	1,21	1,49
Yen/US-Dollar	83,49	76,86	+8,6	75,79	85,39
Yen/Euro	109,18	100,20	+9,0	94,63	122,80
Pfund/Euro	0,81	0,84	-3,0	0,78	0,91

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2011 = 100 %
(3. Januar 2011 bis 14. Dezember 2012)



 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8	5,9	5,5	5,6	5,5
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6
IWF	+3,1	+0,9	+0,9	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1	8,9	8,2	7,9	7,5
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5
IWF	+1,8	+2,2	+2,1	+2,9	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7
Japan												
EU-KOM	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2	4,6	4,8	4,7	4,6
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3
IWF	-0,8	+2,2	+1,2	+1,1	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7	9,6	10,2	10,7	10,7
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9
IWF	+1,7	+0,1	+0,4	+1,1	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,5	11,8
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8
IWF	+0,4	-2,3	-0,7	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9	8,0	7,9	8,0	7,8
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0
IWF	+0,8	-0,4	+1,1	+2,2	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9
IWF	+2,4	+1,9	+2,0	+2,4	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6	10,1	11,3	11,8	11,7
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0
IWF	+1,4	-0,4	+0,2	+1,2	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2
EZB	+1,7	+1,5	-0,4	+0,5	+1,6	+2,7	+2,5	+1,9	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8	9,7	10,5	10,9	10,7
IWF	+1,6	-0,2	+0,5	+1,5	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum); September 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum, Korrektur für 2012 und 2013).

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6	7,2	7,5	7,7	7,8
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3	12,5	10,5	9,8	9,0
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2	7,8	7,9	8,1	8,0
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4	17,7	23,6	24,0	22,2
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4	14,4	14,8	14,7	14,2
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8	4,8	5,4	6,4	6,4
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2	6,5	6,3	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6	4,4	5,4	6,1	6,2
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9	4,2	4,5	4,7	4,2
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3	12,9	15,5	16,4	15,9
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	13,5	13,5	13,1
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6	8,2	8,5	9,3	9,6
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3	21,7	25,1	26,6	26,1
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8
IWF	+0,4	-1,5	-1,3	+1,0	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3	7,9	12,1	13,1	13,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7	11,3	12,7	12,7	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7	7,6	7,7	7,7	7,6
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3	16,2	15,2	14,3	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0	15,4	13,5	12,4	10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4	9,7	10,1	10,5	10,3
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3	7,4	7,4	7,3	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8	7,5	7,5	7,4	6,9
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1	6,7	7,0	7,3	7,1
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9	10,9	10,8	10,8	10,6
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 G7-Länder/Euroraum/EU-27

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	-0,2	-0,2	0,0	80,5	81,7	80,8	78,4	5,6	5,7	5,0	4,7
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-2,9	-2,9
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7	-	-	-	-	2,0	0,9	1,1	1,3
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5
Frankreich												
EU-KOM	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5	86,0	90,0	92,7	93,8	-2,6	-2,2	-1,8	-1,9
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6
Italien												
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	126,5	127,6	126,5	-3,3	-1,2	-0,4	-0,3
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9	85,0	88,7	93,2	95,1	-1,9	-3,8	-2,2	-1,1
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5	88,1	92,9	94,5	94,3	0,3	1,1	1,5	1,6
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9	83,0	86,8	88,5	88,6	0,0	0,4	0,9	1,1
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5	97,8	99,9	100,5	101,0	1,0	0,7	0,9	1,2
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8
Estland												
EU-KOM	1,1	-1,1	-0,5	0,3	6,1	10,5	11,9	11,2	0,3	-0,9	0,1	0,4
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8
Finnland												
EU-KOM	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0	49,0	53,1	54,7	55,0	-1,1	-1,6	-1,6	-2,0
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6
Griechenland												
EU-KOM	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6	170,6	176,7	188,4	188,9	-11,7	-8,3	-6,3	-5,2
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6
Irland												
EU-KOM	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0	106,4	117,6	122,5	119,2	1,1	2,3	3,4	4,4
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8	18,3	21,3	23,6	26,9	7,1	4,4	4,9	4,7
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6	70,9	72,3	73,0	72,7	-0,3	2,1	1,8	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7
Niederlande												
EU-KOM	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2	65,5	68,8	69,3	70,3	8,3	9,2	9,8	9,8
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9	72,4	74,6	75,9	75,1	1,1	1,1	1,2	1,6
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5	108,1	119,1	123,5	123,5	-6,6	-3,0	-1,8	-1,5
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1	43,3	51,7	54,3	55,9	-2,5	1,4	1,4	2,2
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1	46,9	54,0	59,0	62,3	0,1	2,0	2,7	2,3
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4	69,3	86,1	92,7	97,1	-3,7	-2,4	-0,5	0,4
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0	71,1	89,7	96,7	102,7	-4,2	-6,3	-3,5	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1	16,3	19,5	18,1	18,3	1,7	-1,6	-2,1	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7	46,6	45,4	44,7	45,3	6,6	5,6	4,6	4,2
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5
Lettland												
EU-KOM	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4	42,2	41,9	44,3	44,9	-2,4	-2,9	-3,1	-3,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4
Litauen												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3	38,5	41,6	40,8	40,5	-3,7	-2,9	-3,0	-3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3
Polen												
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0	56,4	55,5	55,8	56,1	-4,5	-3,9	-3,3	-3,7
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7
Rumänien												
EU-KOM	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0	33,4	34,6	34,8	34,8	-4,1	-4,1	-4,2	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9
Schweden												
EU-KOM	0,4	0,0	-0,3	0,4	38,4	37,4	36,2	34,1	6,5	6,4	6,5	6,5
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2	40,8	45,1	46,9	48,1	-3,9	-2,9	-2,1	-1,3
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0
Ungarn												
EU-KOM	4,3	-2,5	-2,9	-3,5	81,4	78,4	77,1	76,8	1,0	1,6	2,6	2,6
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.


IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Stand: Dezember 2012.

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2012...

... nach Veröffentlichungsdatum	132
... nach Themenbereichen	134


 Verzeichnis der Berichte

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2012 NACH VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2012 nach Veröffentlichungsdatum

Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2012


Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
Januar 2012	Sanierungsvereinbarungen des Stabilitätsrates mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	33
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2011	42
	Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	47
	Die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011	60
Februar 2012	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012	36
	Haushaltsabschluss 2011	56
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2011	69
	Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm	74
	Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression	81
März 2012	Bundeshaushalt 2012 - Sollbericht	37
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City	61
	Partnerschaften Deutschland 2.0	65
	Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik	72
	Der Frühwarnbericht 2012 der Europäischen Kommission	79
April 2012	Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	31
	Deutsches Stabilitätsprogramm 2012	37
	Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik	45
	Zollbilanz 2011	53
Mai 2012	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012	34
	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2012	42
	Der Fiskalvertrag	47
	Wie bereitet sich Deutschland auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum vor?	51
	Ergebnisse des Treffens der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.	64
Juni 2012	Demografischer Wandel als Chance	33
	Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein	41
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	48
Juli 2012	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis 2016	6
	Das Europäische Semester 2012	20
	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	31
	Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko	37
August 2012	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	6
	Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011	23
	Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen	29

 Verzeichnis der Berichte

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2012 NACH VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2012

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
September 2012	Dr. Peter Praet: Die Bedeutung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion	6
	Sparen und Investieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels	17
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2011	26
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	33
Oktober 2012	Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euroraum	6
	Erstes Jahr mit der Schuldenbremse erfolgreich abgeschlossen	15
	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011	20
	Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern	41
November 2012	Konsolidierung und Reformen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum	6
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012	20
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012	28
	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	33
	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Jahresstagung von IWF und Weltbank	41
Dezember 2012	Dr. Andreas Dombret: Finanzstabilität wahren: Rahmen, Werkzeuge und Herausforderungen	6
	Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung — Ermittlung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren	16
	Nutzung und Perspektiven der Steuerstatistiken für Politikberatung und Wissenschaft	24
	Betriebsprüfungsstatistik 2011 - Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2011	29
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. November 2012 in Mexiko Stadt	34


 Verzeichnis der Berichte

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2012 NACH THEMENBEREICHEN

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2012 nach Themenbereichen

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2012 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Bundesvermögen	März 2012	Partnerschaften Deutschland 2.0	65
Europa	Januar 2012	Die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011	60
	März 2012	Der Frühwarnbericht 2012 der Europäischen Kommission	79
	April 2012	Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	31
	Mai 2012	Der Fiskalvertrag	47
	Juli 2012	Das Europäische Semester 2012	20
	September 2012	Dr. Peter Praet: Die Bedeutung einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik für den Erfolg der Europäischen Währungsunion	6
	Oktober 2012	Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euroraum	6
Internationales/Finanzmarkt	März 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 25. und 26. Februar in Mexico City	61
	Mai 2012	Ergebnisse des Treffens der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.	64
	Mai 2012	Wie bereitet sich Deutschland auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum vor?	51
	Juli 2012	Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko	37
	Juli 2012	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	31
	November 2012	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank	41
	Dezember 2012	Dr. Andreas Dombret: Finanzstabilität wahren: Rahmen, Werkzeuge und Herausforderungen	6
	Dezember 2012	Treffen der G20 Finanzminister und Notenbank-gouverneure am 4. und 5. November 2012 in Mexiko Stadt	34
Öffentliche Finanzen	Januar 2012	Sanierungsvereinbarungen des Stabilitätsrates mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	33
	Januar 2012	Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	47
	Februar 2012	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012	36
	Februar 2012	Haushaltsabschluss 2011	56
	Februar 2012	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2011	69
	Februar 2012	Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm	74
	März 2012	Bundshaushalt 2012 - Sollbericht	37
	März 2012	Verfahren der konjunkturellen Wendepunktbestimmung unter Berücksichtigung der Echtzeit-Problematik	72
	April 2012	Deutsches Stabilitätsprogramm 2012	37
	April 2012	Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik	45
	Juni 2012	Demografischer Wandel als Chance	33
	Juni 2012	Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein	41

 Verzeichnis der Berichte

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2012 NACH THEMENBEREICHEN

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2012 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Öffentliche Finanzen	Juli 2012	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis 2016	6
	August 2012	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	6
	August 2012	Analyse der Selbstfinanzierungsquote von staatlichen Förderprogrammen	29
	September 2012	Sparen und Investieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels	17
	September 2012	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	33
	Oktober 2012	Erstes Jahr mit der Schuldenbremse erfolgreich abgeschlossen	15
	November 2012	Konsolidierung und Reformen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum	6
	November 2012	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	33
Steuern	Januar 2012	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2011	42
	Februar 2012	Gesetzesentwurf zum Abbau der kalten Progression	81
	Mai 2012	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012	34
	Mai 2012	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2012	42
	Juni 2012	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	48
	August 2012	Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2010 und 2011	23
	September 2012	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2011	26
	Oktober 2012	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011	20
	Oktober 2012	Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern	41
	November 2012	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012	20
	November 2012	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012	28
	Dezember 2012	Vollzugsaufwand der Steuerverwaltung - Ermittlung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren	16
	Dezember 2012	Nutzung und Perspektiven der Steuerstatistiken für Politikberatung und Wissenschaft	24
	Dezember 2012	Betriebsprüfungsstatistik 2011 - Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2011	29
Zoll	April 2012	Zollbilanz 2011	53

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
oder
<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, Dezember 2012

Lektorat und Satz:

heimbüchel pr,
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Gestaltung:

heimbüchel pr Köln
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

**Bezugsservice für Publikationen des
Bundesministeriums der Finanzen:**

telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom,
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.